

Wöchentlich 10 Blätter, monatlich 3 Reichsmark, im Voraus zahlbar. Unter Streifenband im In- und Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Arbeiter- und Bauernzeitung „Sozialistische Monatshefte“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Witz“, „Aus der Welt“, „Stadtblätter“, „Frauenstimme“, „Der Kinderfreund“, „Jugend-Vorwärts“, „Tid in der Arbeiterwelt“, „Kulturarbeit“ und „Lehrling“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einblättrige Sonntagsausgabe 10 Blätter, Reichsmark 3.— Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 25 Pfennig (täglich zwei festgedruckte Wörter), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Sonntagsausgabe das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worts über 15 Buchstaben zahlen für zwei Wörter. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für Kleinanzeigen Seite 60 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentags von 9 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Lühoff 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 11. Konto-Gesellschaft, Depositenkassa Lindenstr. 3

Arensdorfer Scharfschützen und Hecker.

Schweigende Staatsanwälte. — Schwer belastende Zeugenaussagen.

F. E. Frankfurt a. d. O., 13. Dez. (Eigenbericht.)

Die Bemerkung im Arensdorfer Nordprezess plätschert langsam weiter. Der Vorsitzende ist von ausgefuchter Höflichkeit; ja, manchmal von einer Sozialität, die geradezu bedächtigend wirkt. Er macht Scherze, die gewiß bestimmt sein mögen, die trostlose Atmosphäre des Gerichtssaales nicht noch zu verschlechtern, die aber doch oft die Zeugen in Verlegenheit bringen und im übrigen den Ernst des Verbrechens vergessen lassen, das hier zur Aburteilung steht.

Vom Justizministerium ist der Erste Staatsanwalt beim Kammergericht, Dr. Burckhardt, dem örtlichen Oberstaatsanwalt zur Hilfe beigegeben. Beider Verhalten bei den Zeugenvernehmungen erweckt fast den Anschein, als ob sie sich der Sache der Anklage völlig sicher seien: sie schweigen! Der Vorsitzende mag fragen wieviel er mag, die Verteidiger mögen fragen, die Anwälte der Nebenkläger mögen die Zeugen ins Kreuzverhör nehmen — die Anklagevertreter sitzen froh und selbstbewußt auf ihren Kläppeln und schweigen! Nur zuweilen wirft der Frankfurter Oberstaatsanwalt eine belanglose Bemerkung ein, im übrigen schweigen sie beide mit einer Sicherheit, als ob jedes Reden überflüssig und der Tatbestand längst einwandfrei festgestellt wäre.

Für den politisch denkenden Menschen ist das Bild ja auch völlig klar, und der mit atmoförmigen Gasfandeln ausgestattete Schwurgerichtssaal wird kaum neue politische Erleuchtung bringen. Aber für das Strafgericht handelt es sich ja angeblich nicht um politische Zusammenhänge, sondern um die juristische Frage, ob die beiden Angeklagten des ihnen zur Last gelegten Verbrechens schuldig sind und ob der Nachweis für diese Schuld einwandfrei geführt werden könne.

Das Ergebnis des Zeugenverhörs ist allerdings eindeutig genug. Unter den Zeugen aus Arensdorf kann man zwei Gruppen deutlich unterscheiden. Die einen haben immer nur gesehen, daß die Reichsbannerleute kamen, liefen oder auf den hafentkreuzgeschmückten Werwolfmann loslugen — aber ihr Gedächtnis wird lückenhaft, wenn sie nach dem Verhalten der Stahlhelmer, besonders der Angeklagten selbst, gefragt werden. Die anderen erzählen mit verhältnismäßiger Offenheit, wie sich aus der kleinen Kemelei zwischen den beiden Werwölfen auf der einen und dem radehenden Reichsbannermann auf der anderen Seite schließlich die große Tragödie entwickelte, wie gerade die beiden Schmelzer die Führer des Aufstands wurden. Einwandfrei kann jetzt schon durch die Aussagen von Zeuginnen als festgestellt angesehen werden, daß die Mutter des Mörders den Anstoß gab, als sie ihrem Mann und ihrem Sohn zurief: „Ihr wollt Stahlhelmer sein, phui, schämt euch!“ und sie dadurch aufweckte, mit Heugabeln und Säbeln auf die waffenlosen Reichsbannerleute loszuschlagen. Einwandfrei fest steht auch, daß die Führer der Reichsbannerkameraden wiederholt ihre vorwärtsstürmenden jungen Leute zurückriefen, damit sie auf das Auto zur Weiterfahrt kämen, während gleichzeitig der ältere Schmelzer neben seinem angeblich geisteschwachen Sohne herließ und ihn nicht am Gebrauch der Schusswaffe hinderte.

Ein Knabe erscheint vor Gericht, 13½ Jahre alt und von aufgewecktem Wesen. Sein Vater gehört dem Reichsbannerverein an und hat schon am Tage vorher über das Reichsbannerfest mit seinem Arbeitgeber, dem Vorsitzenden des Arbeitervereins, gesprochen. Um die Glaubwürdigkeit dieses Vaters und seines 14jährigen Sohnes zu erschüttern, fragt der Verteidiger, ob dieser Arbeitervereinler — die „Rote Fahne“ lese; nein, er kennt sie gar nicht — „aber der Junge sagt doch wiederholt die Unwahrheit?“ Dem Vater ist nichts davon bekannt. Warum so viel Fragen um den Jungen: er hat ganz deutlich gehört und sofort nach dem Ueberfall seinem Vater berichtet, daß der alte Schmelzer rief: „August, nun aber ran mit der Flinte!“ Trotz aller Querfragen bleibt der Junge bei dieser Befundung und läßt sich nicht aus der Fassung bringen. Es sollen noch Sachverständige über die Glaubwürdigkeit von Kinderausagen im allgemeinen gehört werden. Wie ihr Gutachten ausfällt, mag dahingestellt bleiben. Dieser Bierzehnjährige ist kaum noch ein Kind in dieser Hinsicht, er hat wache Sinne und scharfe Ohren, er hat das Gehörte sofort seinem Vater gemeldet, aber gerade darum muß er von der Verteidigung des Angeklagten als unglaubwürdig hinstellt werden.

Besondere Typen sind die beiden Werwolfjünglinge, der eine — fünfzehnjährig — gehört dem Junglandbund an und soll erst dem Werwolf beitreten, aber schon trägt er dessen Mütze und das Vereinsabzeichen, dieses auch im Gerichtssaal, und er ist stolz auf den Werwolf, zumal er

dabei an Schießübungen der Großen teilnehmen darf. Der andere, der neben der Berwolvtracht auch das nationalsozialistische Abzeichen — rote Armbinde mit Hakenkreuz — angelegt hat, muß, trotzdem er schon 20 Jahre zählt, bekennen, daß er von der Bedeutung des Abzeichens keine Ahnung habe, oder er stellt sich wenigstens so, als ob er es nicht wüßte und da er augenscheinlich zu den körperlich Starken gehört, die gleichzeitig arm im Geiste sind, mag man es ihm glauben. Nur daß er auf den Radler, der die Farben des Reichs führte, mit diesem Eichenknüttel loszuschlagen mußte, das hielt er trotz seines Mindestmaßes an Geistesgaben für selbstverständlich.

Es ist nicht ohne Interesse, während dieser Verhandlungen die beiden Angeklagten zu beobachten. Sie sind sicherlich nicht von stürmender politischer Leidenschaft, vielmehr erscheinen sie als typische Vertreter jener Art politisch Verbehrte, die verständnislos vor einer geistigen Bewegung stehen, aber pföglisch brutal dreinschlagen, wenn sie glauben, mit Säbeln oder Dreiflügeln, mit Säbeln oder Büchsen diese Idee und ihre Träger niederknütteln zu können. Kein Zug ihres Gesichtes, kein Zucken eines Muskels verrät, daß sie verantwortlich gemacht werden für den Verlust zweier blühender Menschenleben. Kein Ton des Bedauerns, nur Brutalität spricht aus ihnen. Inzwischen bemüht sich der als Sachverständige anwesende Irrenarzt aus Sorau durch Fragen festzustellen, wie es mit dem behaupteten Tobsuchtsanfall des Stahlhelmlugust sei. Man erfährt aber nur, daß er sich einmal mit seinem Vater lärmend gezannt und dabei die Drohung ausgestoßen habe, er werde den Vater erschließen. Es wäre ein neues Mittel, sich den Jagdschein der Unzurechnungsfähigkeit zu verschaffen, wenn man nur rechtzeitig vorher irgend jemand mit Erschließen bedrohen und ein wenig Lärm im Hause zu machen braucht. Vor Gericht zeigt sich, daß der Mörder oder, wenn man so sagen will, der Totschläger auf direkte Frage ganz klar und in seinem Sinne zielbewußt zu antworten weiß. Eine merkwürdige Art von Unzurechnungsfähigkeit.

Der Zeuge Willi Hoffmann leugnete in seiner weiteren Bernehmung auf den Vorhalt von Justizrat Falkensfeld, daß er dem Reichsbannermann „Mastich Junge!“ zugerufen habe. Er habe auch nichts von dem Zwischenfall Herrn v. Alvensleben oder dessen Angehörigen etwas erzählt.

Scharfschießen in Arensdorf.

Rechtsanwalt Rehak: Welcher Organisation gehören Sie an? Zeuge: Dem Junglandbund. Ich trage aber die Mütze vom Werwolf. Die habe ich mir in Fürstentum selbst gekauft, obgleich ich noch nicht im Werwolf drin bin, weil ich noch nicht 16 Jahre alt bin. Ich habe aber die feste Absicht, einzutreten.

Rechtsanwalt Rehak: Haben Sie denn als Kandidat des Werwolf an seinen Veranstaltungen teilgenommen?

Zeuge: Ja, am Wehrsporttag in Potsdam und anderen Zusammenkünften. Mein Bruder ist nämlich im Werwolf und in Arensdorf arbeiten Junglandbund und Werwolf zusammen.

Rechtsanwalt Bloch: Hat Ihnen diese Mütze vielleicht Herr v. Alvensleben gekauft?

Zeuge: Nein, die habe ich mir selbst gekauft, weil ich stolz bin auf die Werwolforganisation.

Auf weitere Fragen der Anwälte der Nebenkläger befuhrte der Zeuge:

daß der Führer des Junglandbundes und des Werwolves in Arensdorf ein gewisser Euls, Angestellter des Herrn v. Alvensleben, sei.

Ein Geschworener: Befindet sich bei Arensdorf ein Schießplatz?

Zeuge: Jawohl, Junglandbund und Werwolf schießen dort mit Kleinfeuerbüchsen.

Justizrat Falkensfeld: Haben Sie nicht auch einmal im Dorf selbst Scharfschießen gehabt?

Zeuge: Jawohl, bei Malenitz, im Garten, etwa zwei- bis dreimal, das letztmal im Januar oder Februar. Wir waren etwa 15 junge Leute, hatten aber nur eine Büchse.

Hakenkreuzlandidat Zemke.

Der jugendliche Landarbeiter Zemke, der sich zusammen mit dem jungen Hoffmann wegen Körperverletzung später zu verantworten haben wird, gab zu, daß er Hoffmann den Stoß abgenommen und

„Es wird nach Berlin marschiert!“

Wie Herr v. Kahr, der „bayerische Bismarck“, uns erobern wollte.

München, 13. Dezember. (Eigenbericht.)

In der heutigen Sitzung des Untersuchungsausschusses gab der sozialdemokratische Berichterstatter Dr. Hoegner wertvolle Einblicke in die Geschichte der bayerischen Putschaktion von 1923.

Das seinerzeit eingeleitete Ermittlungsverfahren gegen Kahr und Genossen wurde schleunigt eingestellt, nachdem sich gezeigt hatte, daß die bayerische Regierung Knilling Mitwisserin jener Pläne gewesen war. Kahr hatte am 27. März 1924 zu Protokoll erklärt: „Die bayerische Regierung hatte Kenntnis von unseren auf die Errichtung eines Direktoriums gerichteten Bestrebungen.“

Der Schandle von Preger war, wie mir v. Knilling gesagt hat, im Sinne eines Direktoriums in Berlin tätig geworden.“

Ehrhardt erklärte im Herbst 1923 den Jöglingen der Infanterieschule: „Es wird unbedingt nach Berlin marschiert und Kahr bedauert nur, daß Hitler noch beiseite steht. Sobald sich

Räteregierung in Kanton.

Nordamerikanische Truppenlandung.

Shanghai, 14. Dezember.

In Kanton haben die Kommunisten die Herrschaft an sich gerissen. Die antikomunistischen Truppen sind abgezogen. Nordamerikanische Seesoldaten sind zum Schutz der Kolonie gelandet worden. Aus der Vorkastung Lungshan hat ein brillantes Kanonenboot 56 Reichsdeutsche und andere Ausländer abgeholt und nach der Europäerstadt Schanghai gebracht.

Gleichzeitig hat sich in verschiedenen Teilen Chinas ein Wiederaufleben der kommunistischen Agitation und Bewegung bemerkbar gemacht. In Hankau sind mehrere kommunistische Agitatoren hingerichtet worden. Es hat den Anschein, daß auch dort ein ähnlicher Handstreich wie in Kanton vorbereitet wird.

der Kampfbund anschließt, wird marschiert.“ Lehnisch äußerte sich der deutschnationale Landtagsabgeordnete Bauer. Oberst Enlander erklärte: „Ich komme loeben von Kahr. Er wird marschieren und gewisse Fragen ähnlich wie Bismarck lösen.“ Inzwischen trat der seinem Eid untreu gewordene Reichwehrrückführkommandant Löffow die militärischen Vorbereitungen für den Marsch nach Berlin. Alle kriegstauglichen Angehörigen von Biling, Stahlhelm, Oberland usw. sollen in die Reichswehr eingegliedert werden. Den Studenten versprach man Anrechnung ihrer Dienstzeit auf die Studienzeiten. Mit den ärztlichen Untersuchungen war bereits begonnen. Auf das Stichwort „Herbstübung“ sollte die Aktion losgehen.

Die Kosten wurden aus der bayerischen Staatskasse bestritten.

Bei allen Beratungen war, wie Kahr bei seiner Vernehmung zugab, ein Vertreter des Finanzministeriums zugegen. Zum Rechtsanwaltschaft hat damals Löffow den berühmten gewordenen Ausspruch: „Herrgott, ich will ja marschieren, wenn ich nur 51 Pro. Wahrscheinlichkeit für das Gelingen habe... Einen Putsch aber will ich nicht, der in fünf bis sechs Tagen zusammenbricht.“ Nach Aussage des Reichwehrrückführkommandeurs in Regensburg, Oberst Ebel, sollen „innere Unruhen“ nur zum Vorwand genommen werden. In Wirklichkeit handelte es sich um den Bewegungskrieg nach Norden, für den man schon mit den Eisenbahnbehörden wegen der Truppentransporte in Fühlung getreten war.

Am 3. November reiste Seitzer im Auftrag Kahrs nach Berlin, um mit Seede zu verhandeln. Er mußte sich davon überzeugen, daß die ganze bayerische Reichsgrenze von Reichwehrrückführtruppen besetzt und der Marsch nach Berlin ausstislos war. Am 5. November alles abgeschlossen. Ein paar Tage darauf prellten Hitler und Ludendorff allein vor.

Mit der geplanten Diktatur Hitler-Ludendorff will sich der Ausschuß in seiner nächsten Sitzung beschäftigen.

damit Klemowicz über die Schulter gehauen habe, und zwar mit der Kräfte. Ob er bei der späteren Prügel mit den Reichsbannerleuten mit irgendwelchen Gegenständen geschlagen hat, weiß er nicht. Prügel und Tritte habe er bekommen. Auf Befragen des Vorsitzenden erklärte er, daß er Mitglied des Berwölfs sei, daß er damals aber auch eine rote Hakenkreuzbinde getragen habe. Ich wollte nämlich auch zu den Hakenkreuzlern, aber sie wollten mich noch nicht annehmen. Die Binde trug ich aber schon.

Vorl.: Wo wieder ein Kandidat. (Heiterkeit.)
Zeuge: Da kam einer aus Berlin und wollte bei uns eine Ortsgruppe gründen.

Die Haken-Uniformen bekamen wir geschickt, und die Hakenkreuzbinde ließ er mir gleich da.

Justizrat Falkenfeld: Wissen Sie denn, was ein Hakenkreuz bedeutet? Sie sind doch schon 20 Jahre alt.

Zeuge (jögernd): Die Aufklärung wollte er mir erst später geben. (Heiterkeit.)

Vorl.: Na, wissen Sie denn nun, was das bedeutet oder nicht? Zeuge (nach längerem Hören): Nein.

Vorl.: Aber Menschenkind, seien Sie vorsichtig! Ziemlich, Sie müssen vielmehr vereidigt werden.

Das Gericht bezieht sich eine Beschlußfassung über die Vereidigung des Zeugen Ziemlich vorläufig noch vor.

Die Vernehmung einer ganzen Reihe von Trensborfer Bauern ergab keine wesentlichen Einzelheiten, nur ein 63-jähriger Landarbeiter Bischof betonte, daß er den Ruf gehört habe: „Na, so schief doch!“ Ob dieser Ruf von dem Vater des Schmieders stammte, wußte er nicht. Daß August Schmiedler im Geficht geblutet habe, wurde von mehreren Zeugen bestätigt, auch daß sein Vater mit einer Rüstgabel bewaffnet war.

Ein Schwächeanfall.

Während dieser Aussage erlitt der Angeklagte August Schmiedler plötzlich einen Schwächeanfall. Stier um sich blickend sah er, während ihm alle Glieder zitterten, auf seinem Stuhl. Die anwesenden Verze bemühten sich sofort um ihn und veranlaßten, daß er hinausgeführt wurde, um sich zu erholen. Der Vorsitzende ließ daraufhin die Frühstückspause eintreten.

Nach einer halben Stunde war August Schmiedler wieder so hergestellt, daß die Verhandlung ihren Fortgang nehmen konnte. Der nächste Zeuge, Schneidemüller Schulte aus Trensdorf, erklärte, daß er gesehen habe, wie August Schmiedler

den ersten Schuß in der Richtung auf die Reichsbannerleute abgefeuert habe. Dieser Zeuge hatte übrigens auch von einem Reichsbannermann das Rad Ziemlich zur Aufbewahrung erhalten und an Ziemlich dann weitergegeben.

Die vergebliche Warnung.

Das Renkontoire zwischen Ziemlich und Klemowicz schilderte der Arbeiter Vormelcher sehr anschaulich. Danach habe Ziemlich mit dem Stock des Hoffmann den Reichsbannermann, der, auf dem Rade sitzend, sich am Baum festhielt, zweimal über den Kopf geschlagen, so daß er zu Boden stürzte. Die herbeieilenden Reichsbannerleute bekamen Ziemlich zu fassen. Sie versetzten ihm was mit seinem eigenen Stock, und einer trat ihm ordentlich in den Hintern. Dann sprang Ziemlich auf, rannte bis vor meine Haustüre, und dann rief er noch ein paarmal: „Möstrichjunge!“ zu den Reichsbannerleuten. Nachher war dann die Schlägerei. Die beiden Schmiedler gingen dicht nebeneinander. Später kam dann ein Motorradfahrer durch, er bekam einen Schlag mit dem Gewehrstoß über den Kopf, worauf er drei Schreie schrie: „Achtung! Achtung! Achtung!“ Bei uns war es schon lange vorher Darsgespräch, daß das Reichsbanner durchkommen würde.

R. A. Jolly: Haben Sie aus dem Hemd herausgerufen: „Recht! ihm doch die Flinte weg!“, als Sie Schmiedler mit dem Gewehr sahen?

Zeuge: Jawohl, das habe ich gesagt, aber sie waren etwa 40 bis 50 Meter von mir entfernt.

R. A. Rebab: Wer hat denn den Motorradfahrer mit dem Gewehr geschlagen?

Zeuge: Das war August Schmiedler mit seinem Gewehr. Er traf aber den Fahrer nicht, sondern den Mann auf dem Sozius, auf den Rad. Trotz wiederholter Vorhalte blieb der Zeuge Ziemlich auch nach den Befehlen Vormelchers dabei, daß er niemals „Möstrichjunge“ gerufen habe.

„August, nu ran mit die Flinte!“

Interessant gestaltet sich dann die Vernehmung des 13-jährigen Sohnes des Zeugen Vormelcher, Willi, der ziemlich unbehaglich seine Befragungen machte. Er erklärte, wie schon in der Voruntersuchung, daß Schmiedler, als er mit seinem Sohn an der Spitze der Dorfbewohner in der Nähe des Vormelcher'schen Hauses vorbeikommt, seinen Sohn armieren habe. Der alte Schmiedler sagte: „August, nu aber ran mit die Flinte.“ (Bewegung.)

Vorl.: Wie weit warst du denn in dem Augenblick von Schmiedlers entfernt?

Willi: Ich stand schon auf unserem Hof, das waren etwa 35 Meter.

Vorl. (der auf einer Generallistabarte nachgemessen hat): Du hast eine gute Schätzung, es sind etwa 35 bis 40 Meter. Woran hast du denn gemerkt, daß es der alte Schmiedler war? Hast du ihn denn bei diesem Ruf gesehen?

Willi: Nein, aber ich kenne seine Stimme ganz genau, und er sprach sehr laut.

Zeuge Vormelcher (Vater): Der Junge hat mir auch sofort nachher erzählt: „Vater, weißt du, was der alte Schmiedler gesagt hat: „August, ran mit die Flinte.“ Aber nach meiner Ansicht stand der Junge noch nicht auf dem Hof, sondern auf dem Vorplatz.

Rechtsanwalt Bloch: Sagen Ihr Junge manchmal die Unwahrheit?

Zeuge: Einmal als sechsjähriger Junge hat er das getan. Da habe ich ihn so geschlagen, daß er liegen geblieben ist. Seitdem tut er es nicht wieder.

Rechtsanwalt Bloch: Doch, seine Lehren behaupten es. Außerdem wird gesagt, Sie wären mit Schmiedler verfeindet gewesen.

Zeuge: Nein, wir waren gut befreundet und haben auch immer im Müllereiverein mit einander gesprochen.

Rechtsanwalt Falkenfeld: Da vorauszusetzen ist, daß diese Ausrufung angegriffen wird, beantrage ich, Professor Blaczel zu laden, der auf dem Standpunkt steht, daß nach der heutigen Heberzeugung der Wissenschaft Ausrufungen unter Umständen von sehr hohem Wert sein können.

R. A. Bloch: Wir haben offen gesagt mehr Vertrauen zu der alten Methode der freien Beweiswürdigung.

Das Gericht bezieht sich entsprechend dem Antrage Justizrats Falkenfelds, Professor Blaczel als Sachverständigen zu laden.

An einem gewissen Gegenstand zu dem 13-jährigen Willi Vormelcher stand der nächste Zeuge, der 17-jährige Landarbeiter Grams, der auf die Frage des Vorsitzenden, ob er wisse, was ein Eid sei, erklärte, daß er noch nie etwas davon gehört habe. Auch die Begriffe „Schwüre“, „Meineid“ waren ihm fremd. Das wesentlichste seiner Befragung war die Bestätigung, daß Ziemlich „Möstrichjunge“ gerufen habe. Zum Schluß der Aussage gelang es dann mit vieler Mühe, im beibringen, daß er die Hand hochzubehalten und die Ellbogen nachzuspüren habe.

In das Haus des Landwirts Bolowitz in Trensdorf, des nächsten Zeugen, hatte sich Ziemlich vor den Reichsbannerleuten geflüchtet. Die Reichsbannerleute kamen zu mir und sagten: „Recht den Schütz raus.“ Ich warnte sie aber davor, Hausfriedensbruch zu begehen, und sie gingen dann weg. Später sah ich dann auf der Dorfstraße

die Schlägerei. Ich sah auch Schmiedler, der kniete, und hörte rufen: „Recht ihm das Gewehr weg!“ Der Schmied Höhnach wollte ihm die Waffe entreißen, mußte aber wieder loslassen. Daß ich den alten Schmiedler gesehen habe, kann ich mich nicht entsinnen.

Den Angeklagten August Schmiedler schilderte der Angeklagte als an und für sich sehr gemütlich, aber als einen Menschen, der, wenn er wütend werde, außerordentliche Kräfte entwickle. So sei er einmal in einem Streit mit fünf Mann hochstäblich „durch die Tür gegangen“. Die Frage des R. A. Falkenfeld, ob er Mitglied des Berwölfs sei, bejahte der Zeuge. Er bestätigte, daß Schießübungen vorgenommen wurden, an denen August Schmiedler beteiligt war.

Frau Teuber, die nächste Zeugin, bestritt auf Anfrage sehr energisch, von Schmiedler beeinflusst worden zu sein oder etwas Fehliches zu Leuten im Dorfe geduldet zu haben.

Der Reichsbannerführer Schmidt gab dazu an, daß nach Befragungen zweier Reichsbannerleute, die heute vernommen werden sollen, in Trensdorf Tagesgespräch sei, daß Frau Teuber selbst erklärt habe, sie sei von Schmiedler beeinflusst worden. Auf die Frage von Justizrat Falkenfeld an die Zeugin, weshalb sie denn mit Schmiedler verfeindet sei, meinte der Vorsitzende unter schallender Heiterkeit aller Anwesenden: „Die Parteien sind Mieter und Vermieter und deshalb verfeindet.“

Von den Befragungen der weiteren Zeugen war nur noch die Aussage einer Frau Schumann von Interesse, die gesehen haben will, wie Ziemlich schon vor dem eigentlichen Zwischenfall durch eine Gruppe von sieben Reichsbannerleuten immer im Sicking mit seinem Rad hindurchgefahren sei. Als später Ziemlich dann in Bedrängnis kam, habe

Frau Schmiedler ihren Sohn fortwährend angefeuert, einzutreten und Ziemlich zu helfen.

August Schmiedler habe zuerst nicht gewollt, aber sein Vater habe gerufen: „Los, Senfen und Forken raus.“ Später, als August Schmiedler mit dem Gewehr erschien, hätten einige gerufen: „Recht ihm das Gewehr weg!“ Ein anderer aber, den sie nicht sehen konnte, den sie aber der Stimme nach für den Vater hielt, habe entgegnet: „Laßt ihn doch laufen.“

Die Befragung dieser Zeugin, daß sie von Tobjuchts anfallen August Schmiedlers mehrmals gehört habe, wurde auch von dem Landwirt Lanke bestätigt, der selbst einmal gehört hat, wie August Schmiedler nach einem Streit mit seinem Vater in den Hof eilte und schrie: „Ich hole mir 'ne Flinte und schleße Vatern tot.“

Um 1/4 Uhr nachmittags verlagte der Vorsitzende die Verhandlung auf den heutigen Mittwoch 9 1/4 Uhr und entließ die Trensborfer Zeugen mit der vielsagenden Bitte, direkt vom Gericht zum Bahnhof zu gehen und den nächsten Zug nach Hause zu benutzen.

Was es alles noch gibt!

Eine Ständekammer in der Republik. — Das königliche Markgrafentum Oberlausitz. — Gespenster, die bei Tage spazieren gehen.

In der „Görlicher Volkszeitung“ schreibt der Reichstagsabgeordnete Genosse Buchwiz:

Vor mir liegt das Kreisblatt des Landkreises Görlitz vom 8. Dezember 1927. An der Spitze des amtlichen Blattes finde ich eine Bekanntmachung des Landrats, wonach die Gemeindevorstände aufgefordert werden, bis zum 22. Dezember die Vorbereitungen für die Wahl der Landgemeindevorordneten des Oberlausitzer Kommunallandtages zu treffen.

Ich denke, ich sehe nicht richtig, glaube doch meine Heimat zu kennen und weiß nichts von einem Kommunallandtag.

Ich frage alle Bekannten: Was ist der Kommunallandtag? Niemand weiß es. Nun renne ich in alle Buchhandlungen, ob ich nicht eine Verfassung jenes mysteriösen Parlaments erhalten könne. Dort habe ich sie; man möchte heulen. Das Ding ist im Jahre 1922 neu gedruckt und nennt sich: „Kommunal-Landtags-Verfassung im Königlich Preussischen Markgrafentum Oberlausitz.“ Aus der 16 Seiten umfassenden „Verfassung“ schlägt uns die Moderation vergangener Jahrhunderte entgegen. Die letzte Seite der Verfassung zeigt uns, woher die „Rechte“ jener Dunkelkammer stammen. Dort ist zu lesen:

Berlin, den 2. Juni 1827. Wir, Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden Königs von Preußen und erbl. Anjers getreuen Ständen des Herzogtums Schlesien, der Grafschaft Glatz und des Markgrafentums Oberlausitz, Unsern gnädigen Erbh.

Dann folgt die gnädige Erlaubnis, versuchsweise der Ritterschaft und den Ständen abangenannter Gebietsteile die Errichtung einer kommunalen Ständekammer zu gestatten.

Sehen wir uns die sogenannte Verfassung jenes mittelalterlichen Parlaments einmal näher an. Der § 1 umgrenzt das Verfassungsgebiet. Es gehören dazu:

„Das königliche Markgrafentum Oberlausitz, welches aus den vier Landräthlichen Kreisen Görlitz, Lauban, Rothenburg und Hoyerswerda besteht.“

§ 2 befragt, daß jedes Jahr einmal dieser Landtag in Görlitz tagt, die Tagungsdauer darf vier Wochen nicht überschreiten.

§ 3 stellt die Wahlordnung fest. Es werden vier Stände unterschieden. Dem ersten Stand gehören an die Ständeherrn von Ruzsau und Seldenberg und die Prälaten, dem zweiten Stand alle abligen Besitzer eines unmittelbaren Rittergutes usw., dem dritten Stand die Städte, dem vierten Stand die Gutsbesitzer bis zu einer gewissen Besitzgrenze. Das „Wahlrecht“ des vierten Standes ist von einem Besitz von mindestens 50 Scheffel (etwa 50 Morgen) abhängig.

Die persönliche Qualifikation jedes Mitgliedes dieses farnosen Parlaments ist von folgenden drei Voraussetzungen abhängig:

1. die Gemeinschaft mit einer christlichen Kirche, 2. 24 Jahre alt, 3. unbescholtener Ruf.

Damit der Witz in diesem Konstrukt einer sogenannten Verfassung nicht fehlt, befragt der § 5:

Den 1. und 2. Stand qualifiziert sein Grundbesitz ohne nähere Wertbestimmung.

Dieser Satz kennzeichnet die alte Zeit und deren Anhänger von heute. Es kann jemand der größte Halunke sein, sein Besitz qualifiziert ihn in den Augen seiner Klasse zu einem unbescholtenen und tugendhaften Zeitgenossen!

Frauen dürfen nur wählen, wenn sie Mitbesitzer der betreffenden Besitzung sind.

Köstlich mutet in der neuen Zeit eine Bestimmung des § 11 an:

Jede erste Wahl des Landesältesten bedarf der Allerhöchsten Landesherlichen Bestätigung.

Läßt also die republikanische Staatsregierung diesen nachmaligen Karnaalschmerz einer Neuwahl dieser Dunkelkammer zu, dann reißt der neugewählte „Landesälteste“ nach Doorn und läßt sich alleruntertänigst von Wilhelm dem Danongelassenen bestätigen.

Im § 15 sind die „Arbeiten“ dieser Dunkelkammer festgelegt. Nur einiges aus dieser Tätigkeit:

1. Die von Sr. Majestät dem Könige oder den höheren und höchsten Staatsbehörden ergangenen Restripte und Verfügungen unter Anzeige, was hierauf entweder geschehen ist oder noch zu tun sein dürfte.

2. Gesuche und Anträge, welche an die Landesbehörden oder an des Königs Majestät selbst formuliert werden sollen.

Der § 18 trennt den Plebs des dritten und vierten Standes von den abligen, durch Besitz qualifizierten Nachkommen der ehemaligen Rauhritter. Dieser Paragraph bestimmt, daß die Stände gesondert an verschiedenen Tafeln Platz nehmen. Sollten wirklich bisher die Vertreter der Städte und des vierten Standes kein Gefühl für Manneswürde gehabt haben? Die Sozialdemokraten im Stadtparlament der Stadt Görlitz haben die Wahlbeteiligung abgelehnt.

Im § 20 kommen noch einmal Erscheinungen des Größenwahns zum Ausdruck. Dort wird gesagt,

daß das Innenministerium für alle Beschlüsse dieses „Landtages“ die Allerhöchste Bestätigung einzuholen hat.

Der Präses dieses Ueberrestes einer grauen Vergangenheit ist der Herr v. Eichel. Er läßt sich stolz Landeshauptmann nennen. Bei allen amtlichen Veranstaltungen erscheint er stolz und würdevoll, als Ueberrest einer längst verstorbenen Zeit.

Wir Oberlausitzer Republikaner fordern von der Staatsregierung, daß sie Schluß macht mit dieser Lächerlichkeit!

Wird die Lohnsteuer gesenkt?

Abg. Dr. Brüning verteidigt die Lex Brüning.

Der Steuerzuschuß des Reichstags begann am Dienstag die Beratung des Regierungsentwurfs über die Lohnsteuer. Die Sitzung nahm einen sehr interessanten Verlauf, da die Regierungsparteien sich zum erstenmal sachlich äußerten, insbesondere aber, weil der Abg. Dr. Brüning (Str.) sich in sehr wesentlichen Fragen den sozialdemokratischen Standpunkt zu eigen machte.

Nachdem Genosse Dr. Herx noch einmal eindringlich dargelegt hatte, daß der sozialdemokratische Antrag durchführbar sei und sich in Uebereinstimmung mit der Lex Brüning befinde, legte Abg. Dr. Brüning den Standpunkt des Zentrums dar. Er wies zunächst auf die Schwierigkeiten hin, die aus der Deckung der Befoldungsreform entstehen. Die Länder wollen die Mehrkosten der Befoldung aus den erhöhten Ueberweisungen decken. Das sei nicht gerechtfertigt. Besonders bedenklich aber sei es, wenn Länder, die mit ihrer Befoldung über die Vorschläge des Reichs hinausgehen, sie mit den Lohngrößen der Arbeiter bejahen wollen. Die Stellungnahme des Reichsrats betraute eine merkwürdige staatsrechtliche Auffassung. Ein bestehendes Gesetz müsse ausgeführt werden, wenn es nicht aufgehoben werde. Gewiß sei der Sinn der Lex Brüning nicht eindeutig voraussetzt. Die Zentrumsfraktion neige aber dazu, die Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums als einen besseren Weg anzusehen als die Senkung des Steuerfußes. Die Senkung des Steuerfußes sei eine Bevorzugung der höheren Einkommen. Das Zentrum sei mit der Sozialdemokratie vollkommen darin einverstanden, daß die Lex Brüning als Regulator der Massenbelastung gedacht sei und auch jetzt das einzige Mittel ist, um einen Ausgleich für die steigende Massenbelastung zu schaffen. Er könne auch den Einwand der Länder, daß

durch Steigerung des Existenzminimums eine große Zahl von Lohnsteuerpflichtigen steuerfrei werde, nicht als entscheidend ansehen. Das Zentrum anerkenne ferner, daß die steigende Belastung bei gleichem Reallohn ausgeglichen werden müsse. Wenn die Länder das große Elend der unteren Gehaltsempfänger kennen würden, dann hätten sie sich nicht so leichtfertig über die Vorlage der Reichsregierung hinweggesetzt.

Abg. Reinalth (DfP.) gesteht zu, daß die Deutsche Volkspartei immer gegen die Lex Brüning gewesen ist, obwohl sie ihr Feindzeit zugestimmt habe. Der Einpruch der Länder gegen ihre Ausführung sei nicht berechtigt, da das Aufkommen über 1200 Millionen hinausgehe und ein Versprechen auf Senkung vorliege. Jedoch müsse man den Ländern recht geben, daß die einseitige Erhöhung des Existenzminimums für einen Teil der Länder und für alle Gemeinden furchtbare finanzielle Folgen haben müsse. Die Heraushebung des Existenzminimums sei deshalb untragbar. Mit der Erhöhung der Familienunterstützung könne man sich einverstanden erklären. Der Redner kündigte zum Schluß Anträge auf Auflockerung des Einkommensteuertarifs bei den hohen Einkommen an.

Abg. Horlacher (DfP.) wußt die Grenze der Lohnsteuerpflichtigen enger gezogen haben. Das Kinderprivileg müsse auf höchstens 3800 M. herabgesetzt werden. Die Lohnsteuer im allgemeinen zu senken, sei im Hinblick auf den Finanzbedarf der Länder bedenklich.

Hierauf verlegte sich der Ausschuß auf Mittwoch 10 Uhr, um die Generaldebatte zum Abschluß zu bringen. Inzwischen soll aber bereits ein Untersuchungsausschuß die Frage klären, ob die Regierung 1200 oder 1300 Millionen aus der Lohnsteuer herausziehen will, in welchem Maße die Lex Brüning auszuführen ist.

Braunschweigs neue Regierung. Deute Wahl im Landtag.

Der Landtag von Braunschweig wählt heute seine neue Regierung. Wie schon gemeldet, hat die sozialdemokratische Landtagsfraktion, die über 24 von 48 Sitzen verfügt, beschlossen, die Regierung allein zu übernehmen. Sie bringt die Genossen Dr. Jasper, Steinbrecher und Sievers in Vorschlag.

Die Sozialdemokraten sahen sich zu diesem Schritt dadurch veranlaßt, daß die Demokraten die Rückkehr zur alten erprobten sozialdemokratisch-demokratischen Regierungsmehrheit ablehnten. Sie erstrebten den Einschuß des rechtsstehenden Wirtschaftsverbandes, zu dem sich unsere Fraktion nicht verziehen konnte. Eine Anlehnung an die Volkspartei verlockte selbst die Demokraten nicht, da die Volkspartei dem Stahlhelm versprochen hatte, auf keinen Fall mit der Sozialdemokratie zu gehen. Sozialdemokraten und Demokraten hätten mit ihren 24 plus 2 Stimmen zur Mehrheitbildung genügt, trotzdem blieben die Demokraten bei ihrer Ablehnung. So kam es am Montag zu dem schon bekannten Beschlusse unserer Landtagsfraktion, der einstimmig gefaßt wurde. Ebenso einstimmig wurde eine Bindung an die zwei Mann starke Kommunistenfraktion abgelehnt. Nachdem die Braunschweigischen Kommunisten drei Jahre lang still und bescheiden hinter dem Wagen der Sozialdemokratie hergelaufen waren, fordern sie jetzt mit einem Mal die Arbeiter auf, in Betrieben, Gewerkschaften usw. die Erfüllung ihrer Forderungen durch „außerparlamentarischen Aufmarsch“ zu erkämpfen. Unbeirrt durch dieses Geschrei wird die sozialdemokratische Fraktion ihre eigene Politik machen. Sie hat den Kommunisten ihren Beschluß mitgeteilt und hinzugefügt, es müsse ihnen überlassen bleiben, „sich zu entscheiden, ob sie eine von uns gebildete Regierung unterstützen wollen“. Die Regierung kann sich ihre Mehrheit sowohl bei den Kommunisten wie bei den Demokraten holen. Eine Möglichkeit, ohne sie zu regieren, besteht nicht.

Braunschweig, 13. Dezember. (Eigenbericht.)

In der konstituierenden Sitzung des neugewählten Braunschweigischen Landtags wurde am Dienstag zum Präsidenten der sozialdemokratische Abgeordnete Wesemeier gewählt. Wesemeier dankte für die Wahl und verlas dann ein inzwischen eingegangenes Schreiben des braunschweigischen Ministeriums, in dem das Kabinett seinen Rücktritt erklärt.

Noch immer Fürstenabfindung.

Annahme eines Vergleiches in Mecklenburg-Schwerin.

Schwerin, 13. Dezember. (Eigenbericht.)

Der Mecklenburgische Landtag nahm am Dienstag eine Abfindungsvorlage über die Auseinandersetzung mit dem vormals großherzoglichen Hause an. Danach werden die von dem Großherzog an den Freistaat Mecklenburg-Schwerin gestellten Aufwertungsansprüche mit vier Millionen abgegolten. Dieser Betrag soll am 13. Dezember zur Auszahlung gelangen. Das Land Mecklenburg erzielt mit der Annahme dieses Vergleiches eine Ersparnis von etwa 6 Millionen Mark.

Weihnachtsbeihilfe für Erwerbslose.

Die mecklenburgische Linksregierung hat am Dienstag beschlossen, für Kinderbewilligte, die kurzfristig erwerbslos sind, zu Weihnachten eine Beihilfe von 90000 Mark zur Verfügung zu stellen. Die Fürsorgebehörden des Landes sind angewiesen, entsprechende Beiträge nach vor Weihnachten zur Auszahlung zu bringen.

Kleinliche Kleinrentnerhilfe.

Verwirrung unter den Rechtsblockparteien.

Die Beratung im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages über Weihnachtsbeihilfen für Klein- und Sozialrentner offenbarte am Dienstag eine Verwirrung innerhalb der Regierungsparteien, die nicht mehr überboten werden kann. Reichsfinanzminister Dr. Köhler erklärte zunächst, daß die Reichsregierung insgesamt 25 Millionen Mark bereitstellt und die Verteilung an die einzelnen Rentnerkategorien dem Reichstag überlasse. Frau Abg. Leusch (Str.) beantragte darauf einen Antrag, wonach die Hauptunterstützungsempfänger in der Kleinrentnerfürsorge der Invalidenversicherung und der Rentnerfürsorge eine einmalige Beihilfe von je neun Mark, die Witwen und die Witwenspendanten je drei Mark erhalten sollen. Außerdem soll die Reichsversicherungspflicht für Angestellte ermäßigt werden, für ihre Rentner aus eigenen Mitteln eine entsprechende Weihnachtsbeihilfe zu gewähren. Deutschnationale und Deutsche Volkspartei stellten dem Gegenantrag, lediglich den Kleinrentnern eine Beihilfe in der Höhe der letzten Monatsunterstützung zu geben. Abg. Karsten (Soz.) entwarf die Deutschnationalen, die erst vor wenigen Tagen die Verabschiedung des Kleinrentnergesetzes verhindert haben und nun aus agitatorischen Gründen plötzlich nur noch für die Kleinrentner eintreten wollen. Er betonte, daß die Sozialdemokratie entscheidenden Wert auf die Erhöhung der laufenden Renten lege. Bei Gewährung einer einmaligen Beihilfe müsse die gleiche Behandlung für Klein- und Sozialrentner gefordert werden. Karsten versorgte, daß auch den Empfängern von Kindergeld in der Invalidenversicherung sowie den ehemaligen Reichsarbeitern und Reichsangehörigen, soweit sie keine Invalidenversicherung bezögen, aber doch unterstützungsbedürftig sind, ebenfalls die Beihilfen bewährt werden. Ferner beantragte die Sozialdemokratie in der Knappschafts- und Unfallversicherung ebenso zu verfahren wie bei der Angestelltenversicherung.

Bei der Abstimmung wurde auf Antrag der Sozialdemokraten zunächst grundsätzlich entschieden, daß alle Gruppen eine gleiche einmalige Unterstützung bekommen. Deutschnationale und Deutsche Volkspartei übten Stimmhaltung. Die sozialdemokratischen Verbesserungsanträge mit Ausnahme desjenigen, der sich auf die Knappschafts- und Unfallversicherung bezog, fanden Annahme. Gegen die Stimmen der Deutschnationalen wurde dann der verbesserte Zentrumsantrag angenommen.

Dolchstoß auf einen sozialistischen Bürgermeister. Der 63jährige Bürgermeister von Louisa, der der sozialistischen Partei angehört, wurde am Dienstag vormittags, als er im Rathaus verschiedene Persönlichkeiten empfing, von der Witwe eines im Kriege gefallenen Offiziers durch Dolchschläge am Arm und im Gesicht verletzt.

Zunkerlicher Unfall.



„Aufsch — wo ist mein Thronchen geblieben?“

Befoldungsdebatte im Reichstag.

Das Zentrum fällt auseinander. — Sozialdemokratische Forderungen.

In der weiteren Reichstagsdebatte über die Befoldungsreform, deren ersten Teil wir bereits in unserer gestrigen Abendausgabe veröffentlichten, führt Abg. Seppel (Soz.) noch aus: Manche Beamte werden sich durch die Reform in Zukunft sogar noch schlechter stellen,

von sozialen Gedanken ist in der Vorlage überhaupt keine Rede.

Der Bekleidungsreform ist wohl nur deshalb so schlecht ausgefallen, weil er seinen Ursprung in Marienbad hat und da wohl manche Eindrücke eingetreten sind. (Gelächter) Einige Beamtengruppen bekommen die Projekte, die anderen das Geld. Die neue Gruppen-einteilung ist ein ausgesprochenes Klassenstück; wer unten ist, soll unten bleiben, wer in der Mitte ist, bleibt in der Mitte, aber die anderen bleiben immer hübsch unter sich.

Der alte Klassengeist unter den Beamten wird wieder erneuert.

Der Reichsinnenminister könnte manches wieder ausgleichen, was das Finanzministerium schlecht gemacht hat, aber wir haben zu Herrn v. Reubell nicht das Vertrauen, daß er die Vorschriften über die Laufbahn der Beamten im demokratischen Sinne anwenden wird. Die soziale Arbeitsgemeinschaft der Beamten hat von dieser Vorlage gefaßt: Werft das Scheusal in die Wollschucht! Wir haben eine Reihe unserer Anträge aus dem Ausschuss hier wiederholt, nicht alle, weil ja die Mehrheiten feststehen. Wertwändig ist nur, daß die Freunde des Herrn Stegerwald draußen im Lande gegen die Vorlage Sturm laufen, während seine Partei, das Zentrum, hier beantragt hat, die höheren Gehälter um 300 Mark zu erhöhen. Von entsprechenden Rückwirkungen auf die unteren Gruppen war dabei aber keine Rede. Wir hoffen, daß die preussische Regierung von der Erhöhung der Ministerialgehälter um 50 Proz. noch etwas nachlassen wird. Das Zentrum hat bei der Beratung dieser Vorlage keine zünftige Rolle gespielt. Erst wollte es nur 75 Proz. herabsetzen, den Rest später, dann ist es wieder umgefallen. Redatoren müssen wir die Reibekammer der fünfjährigen Diätzeit. Für manche Beamten ist diese Vorlage ein Dammbruch, weil sie die Aufstiegsmöglichkeit erschwert. (Lachhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. Dietrich-Baden (Dem.): Bei den Regierungsparteien hat sich der Manoa klarer Richtlinien und einer festen Führung gezeigt. Sehr bedauerlich sei es, daß auch die Beamten teilweise des Glaubens seien, die Befoldungsreform werde durch eine allgemeine Lohnerhöhung wieder weit gemacht werden. Zu einer Preiserhöhung liege gar kein Anlaß vor, da die Befoldungsreform nicht zu Steuererhöhungen führt. Die Verbesserung der Beamtenverhältnisse sei notwendig, nicht nur im Interesse der Beamten, sondern auch des Staates.

Abg. Lörcher (Komm.) behauptet, daß die Beamten noch dem Wunsch dieser Befoldungsreform jede Hoffnung auf das Parlament aufgeben könnten.

Abg. Lohse (Wirtsch. Lan.) bezweifelt es, ob es möglich sei, die Mittel für die Erhöhung der Beamtengehälter ohne neue Steuerbelastung zu beschaffen. Der Minister Dr. Köhler, der das behauptet habe, habe nicht berücksichtigt, daß die gleichen Erhöhungen auch für die Beamten der Länder und Gemeinden eintreten müßten. Die dadurch entstehenden Mehrkosten müßten in erster Linie vom gewerblichen Mittelstand in Form erhöhter Realsteuern getragen werden.

Rechtsblock für Minderung der Beamtenstellen.

Inzwischen ist von den Regierungsparteien ein Änderungsantrag eingegangen, wonach für die Dauer von zunächst 5 Jahren, beginnend mit dem 1. April 1928, von je drei freien oder frei werdenden planmäßigen Beamtenstellen der Befoldungsordnung A (aufsteigende Gehälter) eine Stelle wegfallen soll, falls die

Befehle durch eine Hilfskraft wahrgenommen werden können. Diese Bestimmung soll für Länder, Gemeinden und Organe des öffentlichen Rechts entsprechende Anwendung finden. Ausnahmen sollen nur mit Zustimmung des Reichsfinanzministers statthaft sein.

Abg. Alkotte (Z.) gibt für die Zentrumsfraktion die Erklärung ab, sie sei einzig in der Erkenntnis, daß eine Erhöhung der Beamtengehälter nicht länger aufgeschoben werden könne. Reimungsverschiedenheiten bestehen innerhalb der Fraktion nur über das Ausmaß und die Voraussetzungen. Erdgültiger Finanzausgleich und Verwaltungsreform ständen noch bevor. Breite Schichten der Arbeiter und Angestellten litten noch unter unzureichenden Löhnen und Gehältern. Infolge dieser Tatsachen trage eine Minderheit der Zentrumsfraktion Bedenken, der Befoldungsreform zuzustimmen. Die Mehrheit der Fraktion werde ihr unter der Voraussetzung zustimmen, daß der Antrag auf Verminderung der Beamtenstellen angenommen wird.

Abg. Dr. Stegerwald (Z.) erklärt, als Vertreter der Fraktionsminderheit sei er nicht grundsätzlicher Gegner einer Befoldungsverbesserung, wolle ihr aber nur in Verbindung mit einer Verwaltungsreform zustimmen.

Abg. Groß (Z.) wirft der Wirtschaftspartei Demagogie vor. Im Plenum befinde sie die Befoldung des Mittelstandes durch die Befoldungsvorlage, während ihr Vertreter im Ausschuss Anträge stelle, die 100 Millionen Mehrausgaben erfordern hätten.

Abg. Lörcher (Komm.) verliest einen Brief des Abg. Stegerwald, dieser habe die abgebauten Beamten als minderwertig bezeichnet. Für die höheren Beamten habe er sich dagegen warm eingesetzt.

Damit ist die allgemeine Aussprache im Wesentlichen beendet.

Abg. Rohmann (Soz.)

begründet einige Anträge der sozialdemokratischen Fraktion, die im Interesse der Versorgungsanwärter gestellt sind und die insbesondere die historische Dienstzeit und die Anrechnung der tatsächlich abgeleisteten Dienstzeit betreffen. Die Versorgungsanwärter würden eine schwere Enttäuschung erleben, wenn die jetzt beschlossene Regelung erbeuligt beschlossen werden sollte. Weiter beantragt die Sozialdemokratie eine bessere Berücksichtigung der schwerkriegsbeschädigten Beamten, sowie der Beamten, die keine Ehe eingehen können, aber ihre unehelichen Kinder in den Haushalt aufgenommen haben, bei der Regelung des Wohnungsgeldzuschusses und des Kindergeldes.

Abg. Steinkopf (Soz.)

beantragt einen Antrag der Sozialdemokratie, wonach die oberste Reichsbehörde Kindergeldzuschläge auch für Pflegekinder und Entgelte gewähren kann, wenn der Beamte diese in seinem Haushalt aufgenommen hat und für ihren Unterhalt und für ihre Erziehung keine Vergütung erhält. Ferner wünscht die Sozialdemokratie eine Erklärung der Regierung, ob sie bereit ist, die Kindergeldzuschläge zu erhöhen.

Gehemrat Decker vom Reichsfinanzministerium erwidert hierauf, daß die Regierung eine solche Erklärung nicht abgeben könne. Abg. Schmidt-Stieplik und Abg. Frau Lüders (Dem.) beantragen einige Änderungsanträge der demokratischen Partei, die Anrechnung der Dienstzeit bei den Versorgungsanwärtern, den Wohnungsgeldzuschuß für verheiratete weibliche Beamte und den Kindergeldzuschuß betreffen.

Der erste Abschnitt der Befoldungsvorlage, enthaltend die §§ 1 bis 14 wird unter Ablehnung aller Änderungsanträge angenommen. Das Haus stimmt lediglich einem sozialdemokratischen Antrag zu, wonach Kindergeldzuschläge auch für Pflegekinder und Entgelte, die im Haushalt des Beamten aufgenommen sind, gewährt werden können.

Um 10 1/2 Uhr vertagt sich das Haus auf Mittwoch vormittag, 10 Uhr: Fortsetzung der Befoldungsberatung, einmalige Weihnachtsbeihilfe an Sozial- und Kleinrentner.

Scheinopposition.

Schiele und die Zollsenkung für Innereien.

Im handelspolitischen Ausschuss machten gestern die Regierungsparteien ihrer sonst so hochschulzähligen Regierung heftige Opposition, weil diese es wagte, ein der dänischen Regierung gemachtes Zugeständnis, den Zoll auf Innereien (Schweine-Leber, Herz, Nieren) von 32 auf 21 Mark zu erniedrigen, einzulösen, wofür die dänische Regierung ihrerseits als Gegengabe auf Zollzugeständnisse für Warmblutpferde verzichtete. Der Vertreter des Auswärtigen Amtes redete den mit dieser Regierungsvorlage höchst unzufriedenen großen und kleinen Landwirten gut zu, sie müßten doch berücksichtigen, daß Dänemark Hauptabgabegbiet deutscher Waren sei. Ein Viertel unserer gesamten Ausfuhr gehe nach Skandinavien. Mangelndes Entgegenkommen an Dänemark könne dort unter Umständen eine Regierungskrise auslösen, was die Befürchtung einer hochaustraglichen Bauernregierung herausbeschwöre. Mit welchem Argument der Regierungsvertreter sich, von ihm selbst unbemerkt, selbst einsetzte für Freihandel — bei den anderen

In der schwierigsten Lage aber befand sich der Ernährungsminister für die Landwirtschaft, Herr Schiele. Er wandte und drehte sich und mußte doch schließlich bekennen, nach Lage der Dinge habe es einen anderen Ausweg nicht gegeben, deshalb habe auch er dieser Zollherabsetzung, wenn auch schweren Herzens, zugestimmt. Nachdem er sich noch den Vorwurf, die Inter-

essen der Landwirtschaft nicht genügend wahrzunehmen, hatte gefallen lassen müssen, wurde gegen die Stimmen der Wirtschaftlichen Vereinigung, der Bayerischen Volkspartei und eines Deutschnationalen die Herabsetzung des Zolles auf Innereien von 32 auf 21 Mark für den Doppelzentner angenommen.

Regierungskrise in Lettland.

Rücktritt der Linkeregierung.

Riga, 13. Dezember. (Eigenbericht.)

Die lettische Linkeregierung ist zurückgetreten. Die Demission ist auf die schwierigen parlamentarischen Verhältnisse zurückzuführen, durch die jede sachliche Arbeit seit Monaten unmöglich gemacht wurde. Immerhin hat das Linkskabinett bisher sämtliche oppositionellen Angriffe überstanden. Die neue Regierung dürfte aus Mitgliedern sämtlicher bürgerlicher Parteien bestehen.

Infolge Rücktritts der finnischen Sozialistenregierung in Suwalka (Korapartei) mit der Regierungsbildung beauftragt worden. Ulausche oppositionelle Offiziere sind entlassen worden, und zwar der Chef des 2. Armeekorps, Oberst Petruitis, der kurz vor der Entlassung vom Staatspräsidenten den Rücktritt Waldamatas' verlangt hatte, der Chef seines Stabes, Oberst Schumilts und ein Leutnant.

Die Diphtherie im Berliner Osten.

Schließung der 259. Schule. — Vorsichts- und Vorbeugungsmaßnahmen.

Die Zeitungsnachricht, daß im Bezirk Friedrichshain wegen Diphtherie drei Schulen geschlossen worden seien, hat große Unruhe in der Einwohnerschaft hervorgerufen. Das Bezirksgesundheitsamt sieht sich daher veranlaßt, gegenüber der begrifflichen Besorgnis der Eltern einige Mitteilungen zu machen. Diese Klassenschließungen sind nicht wegen Häufung von Diphtherieerkrankungen erfolgt, sondern wegen der bei Gelegenheit der Diphtherieimpfungsmaßnahmen entdeckten Häufung von Bazillenträgern in 3 Klassen. Bazillenträger sind Personen, die keinerlei Krankheitserscheinungen aufweisen, aber Diphtheriebazillen im Rachen oder in der Nase tragen und dadurch ihre Umgebung gefährden können. Inwiefern sie tatsächlich gefährden, ist wissenschaftlich noch nicht völlig geklärt. Die Klassenschließungen werden weniger aus rein ärztlichen Erwägungen angeordnet, als zur Beruhigung der Eltern und der Lehrerschaft. Die Uebertragung der Infektionskrankheiten erfolgt im Kindesalter mindestens ebensooft auf den Spielplätzen wie in der Schule.

Im Bezirk Friedrichshain ist auch bisher zur Bekämpfung der Weiterverbreitung der Diphtherie schon manches getan worden. Schon im Sommerhalbjahr, als sich ein allmählicher Anstieg der Diphtherieerkrankungsziffer bemerkbar machte, wurde ein Merkblatt an die Rektoren verteilt. Es war zur Weitergabe an die Eltern der Schulkinder bestimmt für den Fall, daß in einer Klasse mehrere Fälle von Diphtherieerkrankungen gleichzeitig eingetreten wären. Dieses Merkblatt wies vor allem auf die vorbeugende Impfung gegen Diphtherie hin. Ein weiteres Merkblatt, vom Hauptgesundheitsamt herausgegeben, wurde ebenfalls als „Wichtige Mitteilung an die Eltern“ den Rektoren übergeben. In diesen etwas ausführlicheren Mitteilungen wurde vor allem auf die möglichst schnelle Zuziehung eines Arztes bei allen Halserkrankungen, auf die vorbeugende Behandlung mit Mundwässern und dergl., auf die Schutzimpfung und auf die Meldepflicht hingewiesen. Da nach den Oktoberberichten die Zahl der Erkrankungen nicht abnahm, sondern ständig die gegenüber den Vorjahren ungewöhnliche Höhe behielt, allerdings ohne in den letzten Monaten zuzunehmen, wurden im Bezirk Friedrichshain nach Rücksprache mit der Schulbehörde noch besondere Vorsichtsmaßnahmen beschlossen. Die Rektoren erhielten folgende Anweisung: Alle Kinder, die ohne Angabe des Grundes die Schule veräumen, sollen vom Schulwart sofort besucht werden. Stellt dieser fest, daß es sich um eine Hals- oder Rachenerkrankung handelt, und daß ein Arzt bisher nicht zugezogen ist, so wird der zuständige Schularzt sofort benachrichtigt. Die Schulschwester sucht die Familie auf, und macht, wenn tatsächlich das Kind noch nicht in

ärztlicher Behandlung ist, sicherheits halber einen Rachenabstrich oder nötigenfalls einen Nasenabstrich fernher wurde angeordnet. Alle Kinder, die wegen Halschmerzen (nach den elterlichen Mitteilungen) in der Schule fehlen, werden vom Rektor dem Schularzt gemeldet, wenn nicht aus der elterlichen Mitteilung hervorgeht, daß sie bereits in ärztlicher Behandlung sind. Auch diese Kinder sollen nach Möglichkeit an demselben Tage von der Schulschwester besucht werden und ebenso behandelt werden wie die erste Kategorie. Auf diese Weise sind schon eine ganze Reihe von Kindern, die sonst ohne Behandlung geblieben wären, als diphtheriekrank entdeckt und der ärztlichen Behandlung zugeführt worden. Bei der Häufung dieser Meldungen ist leider zurzeit der Besuch aller gemeldeten Kinder sogleich am Tage der Meldung für die Schulschwester nicht durchführbar. Eine weitere wichtige Maßnahme, die wohl allgemein auch in den anderen Bezirken durchgeführt wird, ist die Vorschrift, daß bei mehreren gleichzeitigen Diphtherieerkrankungen in einer Klasse von sämtlichen Kindern der Klasse ein Rachenabstrich gemacht wird. Auch bei diesen Rachenabstrichen haben sich wiederholt positive Ergebnisse bei sonst vollkommen gesunden Kindern ergeben, und so sind auch die Diphtheriebazillenträger in den jetzt geschlossenen Klassen entdeckt worden. Es wurden in diesen Klassen 10, 9 und 7 Bazillenträger gezählt.

Da ein Bazillenträger, wie schon gesagt, auch wenn er selber gesund ist, eine Gefahr für seine Umgebung bedeutet, wird die betreffende Familie vom Schularzt oder von der Schulschwester stets auf die vorbeugende Schutzimpfung gegen Diphtherie hingewiesen. Diese Schutzimpfungen werden für Unentgelt, wie auch aus den beiden Merkblättern ersichtlich ist, kostenlos im nächsten städtischen Krankenhaus ausgeführt.

Das Hauptgesundheitsamt teilt am Dienstag mit: Vor kurzem wurden im Bezirk Friedrichshain einige Schulklassen geschlossen, weil eine nicht unerhebliche Zahl von Diphtherie-Bazillenträgern gefunden wurde. Die weiteren Untersuchungen haben ergeben, daß auch in anderen Klassen eine Ausbreitung des Infektionsstoffes erfolgt ist. Mit Rücksicht auf die gefundenen Keimträger wird daher die 259. Schule bis zu den Weihnachtstagen geschlossen, obwohl in dieser Schule von etwa 100 Schülern bisher nur 6 Diphtherieerkrankungen gemeldet worden sind. Sämtliche Keimträger sind in ärztliche Ueberwachung genommen worden. Ferner wurde im Bezirk Mitte eine Klasse wegen Keimern, im Bezirk Wilmersdorf eine Klasse wegen Ziegenpeter geschlossen.

Drei Personen durch Gas vergiftet.

Mehrere Tage tot in der Wohnung.

Eine furchtbare Entdeckung wurde gestern im Hause Kleine Markusstr. 3 gemacht. In einer Wohnung im 3. Stockwerk des Quergebäudes wurden der 44jährige Bügler Richard Jinzarek, seine 23jährige Frau Margarete und die 26jährige Untermieterin Mariha Klensj durch Gas vergiftet aufgefunden. Nach dem Befund liegt unzweifelhaft ein Unglücksfall vor.

Von der Kriminalpolizei, die auch die Beschlagnahme der drei Leichen anordnete, wurden folgende Feststellungen gemacht: Im 3. Stockwerk des Quergebäudes Kleine Markusstr. 3 hatte der Bügler Jinzarek seit längerer Zeit eine aus Küche und Stube bestehende Wohnung inne. Den Haushalt teilte außerdem die Mariha K., die bei dem Jichen Ehepaar seit mehreren Monaten wohnt. Hausbewohner war es bereits aufgefallen, daß die Eheleute J. und die Untermieterin seit Sonnabend voriger Woche nicht mehr gesehen wurden. Man sah dem aber keine Bedeutung bei, da die Leute sehr zurückgezogen lebten. Gestern nachmittag erschien der Bruder des J. in der Kleinen Markusstraße, erhielt

aber auf seine Klopfzeichen keinen Einlass. Er nahm an der Tür Gasgeruch wahr und alarmierte deshalb, nichts Gutes ahnend, das nächste Polizeirevier. Mehrere Beamte verhafteten sich gewaltsam Einlass in die Wohnung. Den Eintretenden schlug harter Gasgeruch entgegen. In dem Schlafzimer wurden Jinzarek und seine Frau, in der Küche die Untermieterin, Frau K. tot aufgefunden. Ein hinzugerufener Arzt stellt fest, daß der Tod vor mehreren Tagen, wahrscheinlich schon am Sonnabend, erfolgt ist.

Die von Beamten der Kriminalpolizei vorgenommene Untersuchung über die Ursache dieser Tragödie hatte ein überraschendes Ergebnis. Vom Hauptgasrohr führte ein Gummi Schlauch unter Ausschaltung des Gasmessers direkt zu den Lampen und dem Gaskocher. Dieser Schlauch hatte sich gelockert, und so konnten größere Gasmengen unbemerkt ausströmen, die dann vermutlich in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag den Tod der drei Personen herbeiführten. Der Schlauch, den J. heimlich angebracht hatte, um das Gaswerk zu prellen, war so geschickt verklebt, daß ihn die Beamten, die den Gasmesser kontrollierten, nicht sehen konnten. Nun hat dieses Betrugsmoos drei junge Menschenleben als Opfer gefordert!

Zement.

Roman von Fjodor Gladkow.

Obje brüllte wie ein Stier und Sergej hörte weder das Stampfen der Füße noch das Geschrei und die Schüsse in dieser undurchdringlichen Finsternis. Er flog leicht und gewichtlos und fühlte die Erde unter seinen Füßen nicht und nicht das Pfeifen des Windes in seinen Ohren und nicht den Schmerz der Dornen, die sich in sein Gesicht hineinbohrten und die Haut bis zum Fleisch zerrissen. Er leuchtete, schrie — doch was er schrie, hörte er selber nicht.

Aus dem Nebel jagte in federnem Galopp ein rajendes Pferd heraus. Wieherte und bäumte sich vor Sergej auf, stolperte auf den Steinen, schlug mit den Hinterbeinen in die Luft. Wieder wieherte es laut und verschwand im Nebel. Und an der Stelle, auf der das Pferd gestanden hatte, gähnte ein Abgrund.

Sergej blieb stehen und horchte. Von weitem stampften die Hufe über die Steine, und Objes Schreie waren nicht mehr hörbar.

Wilde Unruhe zitterte im Wetterleuchten, phosphorartig glänzte der Nebel. Man konnte nicht erkennen — wo das Meer aufhörte und der Himmel begann. Unten türmte sich die Stadt wie ein Friedhof. — Riesengroße Hausblöcke, ohne Beleuchtung; riesengroße Gräber, Schutthäufen in den Steinbrüchen. Sergej schaute sich um — rückwärts irrten Fackeln in den Bergen. Auf der anderen Seite ist das Gebirge mit seinen Fäden, Uebergängen und Gipfeln und noch höher über ihnen flatterten Sterne. Sie flammen auf und erlöschen, fliegen wie feurige Schlangen, brennen wie Scheiterhaufen und zerfließen in flammenden Strömen auf den Gipfeln, in den Schluchten und auf den Berggründen.

Unten — im Tale leuchteten und klüfterten Menschen, viel leicht waren es auch Hunde, die, um ein Nas verammelt, einander bissen. Steine kitzelten wie Scherben.

Dort ist Obje, und dort ist auch der Einarmige. Von zwei Feinden — muß der eine besiegt werden.

Es gibt so viel Einarmige, warum soll gerade dieser im Nebel verschwundene Sergej so aufregen?

Er sprang den Abgrund hinunter und die Steine spalteten sich unter seinen Füßen und verwandelten sich in Staub. Obje krümmte sich zwischen den Steinen, bog seinen Rücken und brüllte.

Sergej sah, wie er mit seinem Knie die Brust eines der

Länge nach hingestreckten Mannes eindrückte und mit den Händen sich in seinen Hals hineinkrallte.

„Du lägst, niederträchtiger Kerl, wirst jetzt nicht mehr davonkommen! ... Schluß mit dir, du Schurke! ... Bist mein! ... Hilf, Serjoscha. ... Durchsuch ihn, diesen Hund. ... Nimm aus seinen Taschen alles, was drin ist.“

Mit zitternden Händen und schieberhafter Geschwindigkeit suchte Sergej die Taschen des Uniformrockes durch. Hand nur eine Schachtel mit Tabak, Zündhölzer und eine Brotkruste. Und als er den Stumpf der rechten Hand berührte, erstarbte er unter dem heftigen Stoß, der seine Brust erschütterte.

„Ich wußte es, Obje. ... Das ist — mein Bruder. ... das ist mein Bruder, Obje. ... Ich werde ihn sofort, jetzt gleich erschlagen. ... Ich werde ihn erschlagen.“

„Gut! ... Nimm seine Waffe unter meinem Fuß weg. ... Nun Freund, rüttle dich mal auf. ... Stell dich neben ihn, Serjoscha, und halte dein Gewehr schußbereit. ... Oder soll ich ihn, weil er dein Bruder ist, dir zur Begnadigung überlassen? Nun? ... Was wirst du zu seiner Verteidigung sagen?“

Und in diesem Spott fühlte Sergej eine Feindschaft, die ihm wehe tat. Es schien ihm, daß Objes Augen wie brennende Kohlen erglühten.

„Laß deine Spöke, Ischumalow. ... Führ ihn fort, oder ich werde ihn gleich hier — an Ort und Stelle erschlagen. ... Du hast kein Recht, in so einem Tone mit mir zu sprechen.“

„Sei nicht so wütend, Teufelskerl.“

Sergejs Hände und Füße zitterten.

Dimitrij stand auf, wollte sich zurechtreden, aber seine Hand war zwischen Objes Fingern festgeschmiebelt. Er verschluckte sich und hustete.

„Wieder eine ungewöhnliche Begegnung, Serjoscha. ... Und doch bist du nicht den kleinen Finger dieses wilden Kerls hier wert. Des Regimentskommissars Obje Ischumalow! Ich hatte die Ehre, Ihnen im Hause meines lustigen Vaters zu begegnen, als Sie dort plünderten. Es tut mir leid, daß mein Bruder Sergej damals nicht dabei war: ich hätte ihm gern den Schädel entzwei geschossen. Meine Hand kann noch Wunder verrichten.“

Obje beugte sich zum Gesicht des Einarmigen, ließ aber seine Hand nicht los.

„Na, eine unerwartete Begegnung, mein Heldenhauptmann. ... Im Garten, beim Alten ... damals war ich recht dümm: man hätte Sie damals schon mit dem Lasso einfangen sollen. Das wäre gut gewesen. ... Kommt,

aber auf seine Klopfzeichen keinen Einlass. Er nahm an der Tür Gasgeruch wahr und alarmierte deshalb, nichts Gutes ahnend, das nächste Polizeirevier. Mehrere Beamte verhafteten sich gewaltsam Einlass in die Wohnung. Den Eintretenden schlug harter Gasgeruch entgegen. In dem Schlafzimer wurden Jinzarek und seine Frau, in der Küche die Untermieterin, Frau K. tot aufgefunden. Ein hinzugerufener Arzt stellt fest, daß der Tod vor mehreren Tagen, wahrscheinlich schon am Sonnabend, erfolgt ist.

Die von Beamten der Kriminalpolizei vorgenommene Untersuchung über die Ursache dieser Tragödie hatte ein überraschendes Ergebnis. Vom Hauptgasrohr führte ein Gummi Schlauch unter Ausschaltung des Gasmessers direkt zu den Lampen und dem Gaskocher. Dieser Schlauch hatte sich gelockert, und so konnten größere Gasmengen unbemerkt ausströmen, die dann vermutlich in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag den Tod der drei Personen herbeiführten. Der Schlauch, den J. heimlich angebracht hatte, um das Gaswerk zu prellen, war so geschickt verklebt, daß ihn die Beamten, die den Gasmesser kontrollierten, nicht sehen konnten. Nun hat dieses Betrugsmoos drei junge Menschenleben als Opfer gefordert!

Gegen die Todesstrafe.

Eine Rundgebung der Sozialdemokratie.

In einer gutbesuchten Rundgebung der Sozialdemokratischen Partei im Lehrervereinshaus fanden die Genossen Crispian, Dr. Kurt Rosenfeld und Abramowitsch starke Worte für die Beseitigung der Todesstrafe.

Genosse Crispian entrollte ein Bild des Faschismus. Das Jahr 1914 hat eine revolutionäre Situation geschaffen, die heute noch nicht vollkommen ausgelebt ist. Die Reaktion, die gezwungen war, der Arbeiterklasse eine Reihe ihrer Machtpositionen im Staate abzutreten, wendet sich nun gegen den Staat. Daher der Faschismus. Unter der Parole der nationalen Befreiung schützte er den Besitz und unterdrückte die Arbeiterklasse. Italiens Beispiel lockt die Faschisten in Deutschland und in anderen Ländern zur Nachahmung. Da gibt es, sich in wehrhafter Abwehrbereitschaft zu halten. Dieser Abwehrbereitschaft steht aber die Zerissenheit der Arbeiterklasse hindernd im Wege. Die bolschewistische Ideologie mit ihrem Terror greift Wasser auf die Mühlen des Faschismus. Allein die Sozialdemokratie ist es, die überall gegen politische Verfolgungen ihre Stimme erhebt.

Genosse Rosenfeld knüpfte an den Fall Sacco-Banzetti an. Auch die Schuld an der Vollstreckung der Todesstrafe an diesen beiden trifft letzten Endes den Faschismus. Sie sind in eine Zeit, als Deutschland durch die Schaffung des neuen Strafgesetzbuches vor die Frage der Abschaffung der Todesstrafe gestellt war. Der 2. November, der Tag, an dem der Strafrechtsausschuß sich für die Todesstrafe erklärte, wird der Tag der unauflöschlichen Kulturschmach für das deutsche Bürgertum bleiben. Es sei eine Lüge, sich auf das Racheempfinden des Volkes zu berufen. Die sozialistische Arbeiterklasse stelle sich dieser Racheinstincten entgegen. Sie kämpfe auf schärfste die Hinrichtung als einen Rest schamloser Barbarei.

Als letzter kam Genosse Abramowitsch zu Worte. Er führte Zahlen an, aus denen hervorging, daß die Zahl der Todesurteile in Rußland im Vergleich zu derjenigen im übrigen Europa eine ungleich hohe ist. Laut der Moskauer „Arbeiterzeitung“ vom März 1927 wurden im Jahre 1925 in Rußland auf Grund von Gerichtsurteilen 1200 Todesurteile vollstreckt. Hinzu kommen aber noch ebensolche Vollstreckungen auf Grund der Urteile der Tscheta. Die Todesstrafe ist hier nichts anderes als eine Teilerleichterung des Terrors, der seit zehn Jahren gegen polnische Widerstandskämpfer, in erster Linie gegen Sozialisten und jetzt auch gegen die oppositionellen Kommunisten angewendet wird. Dieser Terror der bolschewistischen Regierung findet sein Gegenstück in dem Terror Mussolinis.

Der Vorsitzende der Rundgebung, Genosse Künzler, legte darauf der Versammlung eine Resolution vor, die einstimmig angenommen wurde. Diese Resolution erhebt scharfen Protest gegen den Faschismus und fordert die Abschaffung des barbarischen Instituts der Todesstrafe. Sie erklärt, daß sie in ihrem Kampfe gegen die Steuel des Faschismus der bolschewistische Terror, der zu einer bleibenden Einrichtung geworden ist, ein Hindernis bedeutet, und für brandstiftend die Verfolgungen der sozialistischen Arbeiter, Bauern und Intellektuellen und fordert im Interesse des Proletariats und des internationalen Sozialismus die Aufhebung des Terrors und eine allgemeine Amnestie für die politischen Gefangenen der Sowjetunion.

Drei Jahre Gefängnis für Woop.

Der Waffensbetriebsprozess gegen den „Begründer“ der Weltfrauenloge Friedrich Woop, einem „Organisator der Loge und des Schwindels“, wie der Staatsanwalt ihn bezeichnete, wurde gestern nach vierwöchiger Dauer vor einer Sonderabteilung des Großen Schöffengerichts beendet. Es handelt sich bei den Betrügereien um zwei Gruppen. Einmal hatte Woop unter schamloselhaften Verprechungen die Weltfrauenloge gegründet, die angeblich von den amerikanischen Frauenligen finanziert werden sollte. Bei einer Weinprobe hatte er die Präsidienhaft ernannt und dann mit der Präsidienhaft einen Vertrag abgeschlossen, durch den er die Organisation vollständig in die Hand bekam. Es wurden Kaffeecorinthen und Berbereinrichtungen mit hohem Gehalt und Pensionberechtigung angekauft. Vorbedingung war aber die Stellung einer Aktion. Diese hat Woop ebenso wie die Mitgliedsbeiträge und die erworbenen Gut-

Kinder! ... Genosse Tschibis wird sich über so einen Gast freuen.“

Dimitrij wollte sprechen, aber ein Lachen zerriff seine Worte, und er leuchtete vor Anstrengung, ruhig zu erscheinen.

„Es ist sehr schmeichelhaft für mich, mit euch gehen zu dürfen, Freunde ... besonders mit Ihnen, mein heldenmütiger Regimentskommissar ... aber lassen Sie doch meine Hand los. Ich bin kein Kind und kein junges Mädchen. Sie brauchen mir gegenüber nicht so eine zürende Sorgfalt an den Tag zu legen. Der besiegte Feind wird nicht weniger stolz und fest einhergehen, wie ihr, die Sieger. ... Nur nehmen Sie bitte meinen Bruder ein wenig von mir weg. Ich bin überzeugt, daß ihn jetzt die schrecklichste Weibshysterie quält. ... Beruhige dich, Serjoscha, du regst dich zu sehr auf, mein Freund!“

Sergej klapperte mit den Zähnen und konnte nicht das Uebelsein in seiner Brust bekämpfen. Er machte die allergrößten Anstrengungen, um nicht aufzuschreien und in tierischer Wut sich auf seinen Bruder zu stürzen.

Und der Einarmige lachte wie ein lustiger, guter Kerl.

„Nicht wahr, Serjoscha, wir sind noch nie mit so einem großen Bergnügen miteinander spazieren gegangen wie heute.“

„Solche Augenblicke muß man zu schätzen wissen. ... Um so mehr, als diese Minuten — die letzten in unserem Leben sind. ... Du wirst mich noch ganz krank machen mit deinem düsteren Gesicht, du Krieger. ... Man muß es leichter nehmen. ... Du bist ein zu kläglicher Slave deiner Partei, um in dieser Stunde eures dummen Erfolges selber über dich verfügen zu können.“

Sie stiegen den Abgrund hinauf und gingen über die Bergstraße.

Ueber den Bergen und dem trüben Himmel flackerten Blitze.

„Und trotzdem stinkt eure Sache — ihr armeneligen Pfuscher. ... Morgen werden die Pfaster mit eurem Hirn besudelt werden. Schade, daß ich das nicht mehr mit meinen Augen sehen werde. ... Und dich, Serjoscha, möchte ich vor aller Augen an dem Tore unseres Hauses aufhängen.“

Sergej lachte und wunderte sich: wie konnte er nur in diesem Moment lachen.

„Hättest du je erwartet, Bruder, daß ich dich zum Tode führen werde? Und nun ist es so? ... Ich werde nicht gehen, wie man dich erschleift. Aber daß man dich gefangen hat — mit meiner Hilfe gefangen hat — schon das gibt mir eine ungeheuer große Befriedigung. ... Ich führe dich mit schußbereitem Gewehr.“

(Fortsetzung folgt.)

Wohne in die eigene Tasche gesteckt. Das zweite Ver-
tragsmanöver hatte Wrop mit einer Zirkuscha-
nummer „Die Hungerkünstlerin in der Luft“ verübt. In dieser
Nummer sollte „Lafana“, die Hungerkünstlerin, aufsteigen, eine an-
gelegliche russische Generalstochter Jemgard v. Karbanom, die aber
in Wirklichkeit eine Berlinerin war. Für die Durchführung dieser
Nummer wurde wiederum ein großes Personal unter Kautions-
leistung angeworben.

Wegen fortgesetzten Betruges, begangen mit den beiden ge-
nannten Unternehmungen, wurde Friedrich Wrop zu einer Ge-
samtsstrafe von 3 Jahren Gefängnis, unter Anrech-
nung von rund 12 Monaten Untersuchungshaft, verurteilt. Der
Hofbefehl wurde aufrechterhalten und eine Bewährungsfrist wurde
verweigert.

Folgeschwerer Zusammenstoß.

Vier Autoinsassen verfehlt.

Am der Ecke Großgörschen- und Culinstraße ereignete sich gestern
gegen 18 Uhr ein folgenschwerer Zusammenstoß zwischen einem
Autobus der Linie 14 und einem mit vier Personen besetzten
Privatauto. Das Auto wurde völlig zerstört. Die Insassen
sowie der Fahrer und Schaffner des Autobus erlitten zum Teil er-
hebliche Verletzungen.

Der Privatwagen wurde von dem Autobus, der wahrscheinlich
auf dem vereisten Straßenpflaster ins Schleudern geriet, mit großer
Wucht angefahren. Das Auto prallte gegen einen Gasandelader,
der wie ein Streichholz wegbrach, überschlug sich und ging völlig
in Trümmer. Passanten und Polizeibeamte bemühten sich um
die Verunglückten und alarmierten gleichzeitig die Feuerwehr, die
mit mehreren Rettungswagen an der Unfallstelle erschien. Die Ver-
letzten, der Chauffeur des Privatautos, Willi Gumann aus
der Thielallee 43 zu Dohren, die Ehefrau v. Kuehnheim, die
Ehefrau Otilie Schumann, ebendort wohnhaft, und der Kauf-
mann Johann Kaiser aus Anklam, die schwere Glas-
splitterverletzungen erlitten hatten, wurden in einen an
der Unfallstelle gelegenen Laden gebracht, wo ihnen von den Feuer-
wehrsamaritern Notverbände angelegt wurden. Der Führer des
Autobus, Oskar Haubrecht aus der Gürtelstr. 12 in Weihensee,
und der Schaffner Karl Heber aus der Brunnenstr. 1, Kolonie
Kapland, erlitten außer Glassplitterverletzungen einen Rippen-
bruch. Zum Glück stellten sich die Verletzungen als nicht zu schwer
heraus, so daß sämtliche Verunglückte in ihre Wohnung gebracht
werden konnten. Die Trümmer des umgestürzten Autos wurden von
der Feuerwehr beseitigt. Die Fahrgäste des Autobusses, der nur
leicht beschädigt wurde, kamen mit dem Schrecken davon. Die Ur-
sache des Zusammenstoßes konnte noch nicht geklärt werden.

Ein neuer Totschlagsprozeß Borchardt.

Gesamtsstrafe: fünf Jahre Gefängnis.

Anfang November berichteten wir ausführlich über den Prozeß
gegen den „Händler“ Borchardt, der wegen Totschlags an seiner
Ehefrau zu drei Jahren sechs Monaten Gefängnis verurteilt
wurde. Die Angelegenheit war deshalb besonders interessant, weil
B. aus sogenannten „guten Verhältnissen“ stammt: Er ist
der Sohn eines Bankdirektors, der freilich gewissenlos
genug war, ihm schon im Alter von 10 Jahren das Sektiranten-
Gehubringen. Später ergab sich der so früh Verführte vollkommen
dem Trunk, und von Stufe zu Stufe ging es bergab.

Die erste Strafe kam. Während ihrer Verbüßung heiratete B.
eine Prostituierte, und sein bester Kumpan machte den Trau-
gungen. Der Gatte ließ die Frau ihrem Gewerbe weiter nachgehen,
erschloß sie aber, als er sie zusammen mit seinem Freunde, dem
Tanzengenossen Berndt, einem Zuhälter aus dem Norden, bei che-
licher Unreue sah.

Wiederum stand jetzt Borchardt wegen Totschlags vor dem
Schwurgericht in Potsdam. Zahlreiche Mitglieber des „Vater-
lands Nordens“, die übrigens in Potsdam zum Teil nicht ganz un-
bekannt sind, wohnten der Verhandlung gegen einen der Ihrigen, auf
den Zuhälterberichten bei. Diesmal handelt es sich um einen Fall, der
schon ziemlich lange zurückliegt. Die Straftat ist schon am 12. Jan-
uar 1926 begangen. Borchardt war vom 11. Januar ab auf einer
ausgedehnten Bierreise gewesen und hatte am 12. Januar nach-
mittags bei einem befreundeten Buditer in der Adlerstr. 17 Einkehr
gehalten. Nach ihm erschien der 50jährige Arbeiter Lüder im
Lokal, der freilich so sehr unter Alkohol stand, daß ihm der Aus-
sicht von Getränken verweigert wurde. Lüder verschwand und
ging in eine Kneipe, die gegenüber liegt. Nach zwei Stunden kam
er wieder, und als man ihm noch immer nichts zu trinken geben
wollte, schlug er Wärm, und, nachdem er auf die Straße befördert
war, bekam er mit der Wirtin und einer anderen Frau einen
Streit, aus dem schließlich eine Schlägerei wurde. Jetzt eilte
Borchardt herbei und schlug Lüder mit der Faust von hinten auf
den Kopf, wobei er mit Lüder zusammen zu Boden fiel. Er sprang
wieder auf und ließ Lüder mit dem Stiefelabschlag ins
Gesicht. Lüder blieb liegen und wurde ins Krankenhaus gebracht,
wo er nach einigen Tagen verstarb.

Sein ehemaliger Freund Otto Berndt war der Hauptzeuge,
er beteuerte, daß sein damaliger Intimus an jenem Tage sinnlos
betrunken gewesen war.

Der Staatsanwalt beantragte gegen Borchardt eine Zusatzstrafe
von 2½ Jahren Gefängnis. Das Schwurgericht verurteilte
ihn wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang zu einer
neuen Strafe von 2 Jahren sechs Monaten Ge-
fängnis, die es mit der im November erkannten Strafe von
3½ Jahren zu einem Gesamtverdict von 5 Jahren Gefängnis
zusammengog.

„Caesar“, „Vertreter“ und „Pipel“.

Eine wohlorganisierte Bande, die es auf die Schau-
fensterauslagen ab sah, wurde von der Kriminalpolizei un-
schädlich gemacht. Sie bestand aus neun Männern, die bis
auf einen schon alle der Kriminalpolizei bekannt sind. Der neunte
ist ein 20 Jahre alter verbummelter Gymnast, der es bis zur
Obertertia gebracht hatte. An Erinnerung an diese Zeit hatte er sich
selbst den Spitznamen „Caesar“ beigelegt. Der Anführer war ein
52 Jahre alter Franz Karow.

Besondere Rollen spielten ein Frisch Manns und ein 19 Jahre
alter Alfred Mariensfeld mit dem Beinamen „Pipel“. Manns
wohnte bei einer alten Frau in der Bergstraße in Neukölln. Er
spielte den „Vertreter eines auswärtigen Hauses“. Wenn er ausging, trug er einen eleganten Pelz und einen weißen
eigenen Spazierstock mit eiserner Spitze und gebogener Krüde. Wie
er sagte, brauchte er ihn als Stütze. In Wirklichkeit aber ließ er
mit der Spitze zur Nachtzeit die Schaufenster scheiben ein-

Der Raubmord in Brandenburg.

Nicht ein sondern mehrere Mörder wahrscheinlich. — Bisher keine Spur.

Das furchtbare Verbrechen, das gestern früh in Brandenburg
a. Havel entdeckt wurde, hat die Einwohnerschaft in große Er-
regung versetzt. Der ermordete Brauereibesitzer Julius Frey-
dant, ein geborener Brandenburger, hielt sich zwar vom öffent-
lichen Leben ziemlich zurück, war aber durch seinen Biervertrieb
zahlreichen Leuten wohlbekannt.

Das Grundstück Blauerer Str. 8-9, auf dem sich die
Brauerei befindet, liegt an einer der verkehrsreichsten Straßen
im alten Teil der Stadt. Die nächste Polizeiwache ist nur
50 Meter von dem Mordhause entfernt. Fast alle
angrenzenden Gebäude werden von Wächtern bewacht, nur Frey-
dant hielt solchen nächtlichen Schutz seiner Gebäude für unnötig.
Den ganzen gestrigen Tag hindurch waren unter Leitung des Pots-
damer Oberstaatsanwalts Paffe Beamte der Brandenburger und
Berliner Kriminalpolizei mit der Aufnahme des Tatbestandes und
mit Ermittlungen beschäftigt. Es hat neuerdings den Anschein ge-
wonnen, daß ein Mann allein die grauenhafte Tat nicht
ausgeführt haben kann, sondern daß es zwei, vielleicht sogar
drei gewesen sind. Freydant war ein kräftiger Mensch, der einem
Täter allein wohl erfolgreich Widerstand geleistet hätte. Aus der
Lage der Leiche ist nun zu schließen, daß die Verbrecher sich ver-
steckt hielten und den ahnungslos Eintretenden von zwei Seiten
mit Messern bearbeiteten. Ehe sie den Schouplugh des Verbrechens
verließen, trugen sie noch einen Kasten Bier herbei und
warfen ihn in zorniger Rohheit über die Leiche. Die Verbrecher
suchten dann, wie Blutspuren deutlich zeigen, die Kontorräume auf.
Wieweil Bargeld im Hause war, weiß man noch nicht. Da Frey-
dant am 3. Dezember die letzte Einzahlung bei einer Brandenburger
Bank besorgt hatte, müssen beträchtliche Summen im
Hause gewesen sein. Im Privatkontor des Ermordeten befindet
sich das bereits erwähnte Zylinderbureau, in dem Freydant das
Geld in Schlingen verwahrt. Hier haben die Täter alles Vor-
handene geraubt mit Ausnahme der Rollen, die Kupfergeld ent-
hielten. Auch im großen Kontor öffneten die Mörder einen Schrank
und entnahmen ihm das Geld, das für die Tagesausgaben bereit
lag. Eine Kasse, die 300 Mark in alten Goldstücken
enthielt, erbrachen sie zwar, ließen aber den Inhalt unberührt.

Aus Fußspuren, die in der leichten Schneedecke noch zu sehen
sind, ergibt sich, daß die Mörder, um zu spähen, das Haus von
allen Seiten umschlichen haben. Während zwei hineingingen, hat
der dritte Schmiere gestanden. Der von der Berliner Mordkom-
mission mitgeführte Suchhund konnte leider nichts mehr
ausrichten, weil zuerst Personen hin und her gegangen waren.

und mit der Krücke angelte er heraus, was er fassen konnte.
„Pipel“, ein schwächlicher Burke, hatte die Aufgabe, durch die
Lustklappen einzuschlüpfen, wo eine Zertrümmerung der
Scheibe zu gefährlich erschien. Er ließ dann die Pakete durch die
Klappe heraus. Man arbeitete stets in Gruppen. Zum Beschaffen
wurden oft zwei „Freundinnen“ mitgenommen, die alles in
Rucksäcke steckten.

Eines Nachts hatte „Pipel“ ein großes Paket Säbglatten
aus einem Laden an der Spandauer Brücke durch die Luftklappe
herausgeholt und außerdem die Ladentasse geplündert. Während
die Gesellschaft das Geld in einem Sack in der Sanier-
straße vertrat, wurde das Konfirmapaket von einem anderen
Gaste gestohlen. Da machte sie sich um 5 Uhr morgens noch ein-
mal auf, um neue Ware zu holen. Als „Pipel“ wieder aus-
steigen wollte, rutschte ihm der Stuhl, auf dem er an die Luftklappe
gestiegen war, unter den Füßen weg, und er fiel rücklings in die
Pralinés. Da packte ihn die Wut, und er warf alles, was da
war, durch die Klappe auf die Straße. Seine Komplizen konnten
gar nicht so rasch aufstehen, wie die Geschosse kamen. So
nahmen denn auch Passanten an dem Bombenszenen teil, ohne zu
fragen, woher es kam!

Nachdem die Kriminalpolizei in den letzten Tagen ein Mitglied
dieser Bande nach dem anderen hinter Schloß und Riegel gebracht
hatte, schloß gestern der „Vertreter“ den Reigen.

Ein neuer Volkspart für Neukölln.

Aus unserem Leserkreis sind uns Zuschriften zugegangen, in
denen lebhaft Klage darüber geführt wird, daß der Eintritt in den
Part bei den Schlechtstenden in der Hasenheide nur gegen Ent-
gelt gestattet ist. Für die ärmere Bevölkerung, die noch dazu
in den schlechtesten Wohnungen wohnt, ist aber Erholung in Grün-
anlagen genau so wichtig, wie für die Reiche, die das Eintrittsgeld
erschwingen können. Auch wird in diesen Zuschriften darüber Klage
geführt, daß verrosteter Stacheldraht die Wege
säumt, und daß es schon vorgekommen ist, daß sich Kinder beim
Umhergehen geschnitten und zerkratzt haben. Wir haben die Be-
schwerden bei den zuständigen Stellen vorgelegt und können mit-
teilen, daß schon seit langem Verhandlungen schweben, mit
dem Ziel, die Schließstände von der Hasenheide zu verlegen und
das ganze Gebiet in einen Volkspart zu verwan-
deln. Die Polizei, der diese Schließstände gehören, ist mit diesem
Plan einverstanden, sie sucht nur noch ein geeignetes Gelände. So-
bald ein solches Gelände gefunden ist, wird die Umwandlung des
ganzen Platzes in einen Volkspart erfolgen. Damit würde Neu-

Bisher ist es noch nicht möglich gewesen, für die Person der Täter
einen Anhalt zu gewinnen. Weder aus dem Zuchthaus noch aus
der Landesirrenanstalt Görden sind Insassen entwichen. Für die
Ermittlung und Ergreifung der Mörder wird eine hohe Belohnung
ausgesetzt werden.

Der Attentatsversuch auf den D-Zug.

15 Jahre Zuchthaus für einen Eisenbahnattentäter.

Das Potsdamer Schwurgericht verhandelte gestern
unter Vorsitz von Landgerichtsrat Hartung in Brandenburg an der
Havel gegen den Fabrikarbeiter Hans Schröder aus Magde-
burg, der sich wegen versuchten Rades und Transportgefähr-
dung zu verantworten hatte.

In der Nacht vom 28. zum 29. Juli d. J. gegen 11 Uhr nachts,
versuchte der Angeklagte den Berliner D-Zug 38 kurz vor
Brandenburg auf der Neujahrgrabenbrücke zum Entgleisen
zu bringen. Der Angeklagte hatte die Schienen mit schweren
Steinen besetzt und erwartete so den D-Zug, um falls eine Ent-
gleisung zustande gekommen wäre, die Passagiere in der all-
gemeinen Verwirrung des Zusammenstoßes zu berauben. Nur
durch das gute Funktionieren der Quarsäure wurde das furch-
tbare Unglück verhütet. Der Sachverständige Reichsbahnrat Weese
(Magdeburg) gab sein Gutachten dahin ab, daß die Hindernisse, die
der Angeklagte auf den Bahnsörper gelegt hat, geeignet waren,
den D-Zug zur Entgleisung zu bringen. Die Vorbereitungen zu
dem Attentat waren vollkommen sachmännlich ausgeführt. Vorher
hatte der Angeklagte versucht, zwischen Potsdam und Brandenburg
einen D-Zug entgleisen zu lassen. Auch diese Hindernisse wurden
überfahren. Schröder ist ein moralisch verkommener Mensch; hat
er doch seinen eigenen Eltern das Dach über dem Kopf angezündet.
Er ist aber geistig durchaus normal und für die Tat voll verantwort-
lich. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er denn nicht an die unglücklichen Menschen gedacht hat,
die eine Entgleisung herbeigeführt hätte, antwortete der Angeklagte:
„Ich wollte in den D-Zug klettern, um Geld zu
holen. An Menschenopfer glaube ich nicht. Ich wußte ja, daß
die Helfer der Mörder zu lebenslanglichem Zuchthaus begnadigt
worden sind.“ Das Urteil erging dem Antrage des Staatsanwalts
gemäß auf 15 Jahre Zuchthaus, zehn Jahre Ehrverlust und Stel-
lung unter Polizeiaufsicht.

Soll eine so notwendige Vermehrung seiner Sport-, Spiel- und
Erholungsstätten erhalten. Es ist zu wünschen, daß dieser Plan
schon bis zum nächsten Sommer ausgeführt wird.

Die Wehrpolitik der Partei.

Eine Aussprache bei den Jungsozialisten.

Die Jungsozialisten veranstalteten am Montag im preu-
ßischen Landtag einen Vortragabend über die „Wehrpolitik
der Arbeiterklasse“. Als Referenten waren die Genossen
Schüßinger und Seeger gewonnen. Als erster nahm Genosse
Schüßinger das Wort und führte aus: In drei Frontstellungen
hat das deutsche Proletariat zu kämpfen. Neben den politischen und
ökonomischen Auseinandersetzungen tritt gerade in letzter Zeit wieder
der Kampf um die militärische Macht im Staate. Der
Stahlführer Sedes hat es offen ausgesprochen, daß eines
Tages, wenn der Reichspräsident die Augen schließt, ein Mann
kommen muß, der einige Kanonen auf den Reichstag richtet und
die Abgeordneten „bittet“, nach Haus zu gehen. Die junge
Republik hat solche Stunden schon erlebt. Nach dem „Märzputz“ kam
die Revolte der Berliner Truppen und der Kappistenstreik. In
Bayern konnte drei Jahre später nur in letzter Stunde eine Diktatur
Hiller verhindert werden. Die Arbeiterklasse hat den Genera-
lstreik als wirksamste Waffe gegen Aufschüßler zur Verfügung und
hat bewiesen, daß sie diese Waffe zu brauchen versteht. Neben
diesem letzten und sicher am meisten durchgreifenden Mittel muß die
Arbeiterklasse wehrhaft sein. Nicht wehrhaft im Sinne einer be-
waffneten Macht, wehrhaft im Sinne des Bereitseins für einen
Kampf mit dem Kapital und seinen Söldlingen. Im Reichs-
banner haben wir diese Wehrhaftigkeit. In nachvollzogenen For-
mationen und Sportgeist, sind hunderte Tausende Proletarier bereit,
sich für die Republik einzusetzen.

Genosse Seeger vertrat als zweiter Referent den Standpunkt,
daß für das Proletariat schon durch die Erziehung zur Wehrhaftig-
keit Folgen eintreten können, die politisch schädlich sind. Er will
für proletarische Wehrhaftigkeit nur unter der Bedingung eintreten,
daß die dafür zu schaffende Organisation auch wirklich wehrhaft
ist. Da es unmöglich wäre, die proletarischen Organisationen
legal oder illegal zu bewaffnen, lehnte er diesen Gedanken ab.
Das Proletariat, sagte er, darf sich nicht auf ein Kampffeld be-
geben, auf dem es gegen die gedrückte Wehrmacht nicht an-
tämpfen kann. Die Waffe der Arbeiterklasse ist der Genera-
lstreik und nach außen hin die Förderung der Idee der Kriegs-
dienstverweigerung. In Zwickau sind bei einer Probe-
abstimmung 86 000 Einzelungen in die Listen der Kriegsdienst-
verweigerung erfolgt.

Die beiden Referate entfielen eine sehr lebhafte Diskus-
sion. Mit dem Referat der Internationale schloß die Rundgebung.

Kottbus im Film.

Die Stadt Kottbus hat voripes Jahr das große Los gezogen,
sie wurde mit einem Male weltberühmt, weil die ersten Opern-
krieger bei ihr laudeten. Aber die Stadt versteht es, aus dem
Zufall ein Verdienst zu machen; sie will den ihr in den Schoß ge-
fallenen Ruhm behaupten. So hat sie denn im Zusammenwirken
mit der Kottbuser Industrie durch die Gem.ka einen Werbestim-
mungen herstellen lassen, der die Schönheit und die Bedeutung
der Stadt ins rechte Licht rücken soll. Großartig wie sie ist,
ließ sie den Film vor geladenen Gästen im Eplanode-Hotel zu
Berlin vorführen und bereitete ihnen zudem unter der Leitung ihres
umfichtigen Oberbürgermeisters Dr. Krutz einen gemächlichen
Abend. Der erste Teil des Films — „Im Rhythmus der Zeit“
betitelt — zeigt das alte gemütliche Kottbus mit seinen altertü-
mlichen Winkeln und herrlichen Parkanlagen. Unmittelbar danach
erleben wir im Bilde die Landung und den Empfang Chamberlins

SOZIALISTISCHE ARBEITERJUGEND GROSS-BERLIN

Auf unserer Weihnachtsausstellung

bis Freitag, den 23. Dezember 1927, im Jugendheim,
Berlin SW 68, Lindenstraße 3, II. Hof 3 Treppen,
besorgt jeder seine Weihnachtseinkäufe
Aluminium- und Wanderartikel. / Schöngestaltete und
wissenschaftliche Literatur. / Bilderbücher und Spiele.
Modernes Antiquariat. / Musikinstrumente
zu den niedrigsten Preisen
Geöffnet: Werktags 16-20 Uhr, Sonntags 10-20 Uhr

muß jeder gewesen sein



MAGGI

Praktisches Weihnachtsgeschenk:

MAGGI Würze, MAGGI Suppen in Würfeln, MAGGI Fleischbrühwürfel.

und Vestnes mit, die in 42 Stunden die Strecke New York-Rotterdam zurückgelegt haben. Im zweiten Teil des Films wird im Rahmen einer Handlung das neue Kottbus und seine industrielle Bedeutung gezeigt. Die Teppichfabrikation und die Tuchherstellung werden uns eingehend vorgeführt. Wir erhalten einen anschaulichen Kursumlauf über den Fabrikationsprozess, und der Ruf der alten Tuchmacherstadt wird im lebendigen Bilde aufs neue verankert. Selbstverständlich wird auch der unvergleichlichen landschaftlichen Umgebung gebührend gedacht: schöne Aufnahmen aus dem Spreewald und den Spreewaldbrünnen sind eingefügt.

Sprechchor für proletarische Festerunden. Die Übungsstunde findet in dieser Woche am Sonnabend, dem 17. Dezember, im Gelandesaal der Sophienstraße, Weinmeisterstr. 16/17, statt. Die Kinder müssen bereits um 7 Uhr erscheinen, Erwachsene um 8 Uhr.

Schwere Sprengstoffexplosion in Dorpat.

In Dorpat explodierte unter heftiger Detonation die Sprengstoffabteilung der chemischen Fabrik „Helios“. Das Fabrikgebäude wurde vollständig zerstört, sieben Arbeiter wurden getötet und einer schwer verletzt. Der Sachschaden ist erheblich.

Weihnachtsruhe im Luftverkehr. Nach einer Mitteilung der Deutschen Luftkassa ruht von Sonnabend, dem 24. Dezember 1927, bis einschließlich Montag, dem 26. Dezember, der Luftverkehr auf allen Strecken, während am 31. Dezember der Flugbetrieb im vollen Umfang durchgeführt wird.

Angekaufter Geschäftsführer. Auf Anordnung der Staatsanwaltschaft in Frankfurt a. M. ist der Geschäftsführer des Verbandes der Metallindustriellen, Dr. Ing. Fuchs, wegen Unterschlagung in Höhe von 100000 M. festgenommen worden.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgegend. (Nachstehend) Etwas gelinder, trocken, mit einzelnen leichten Schneefällen. — Für Deutschland: Im Süden Nordwind des leichteren Frostwitters, im Norden (Schland) stellenweise Schneefälle, Temperaturen wenig geändert.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

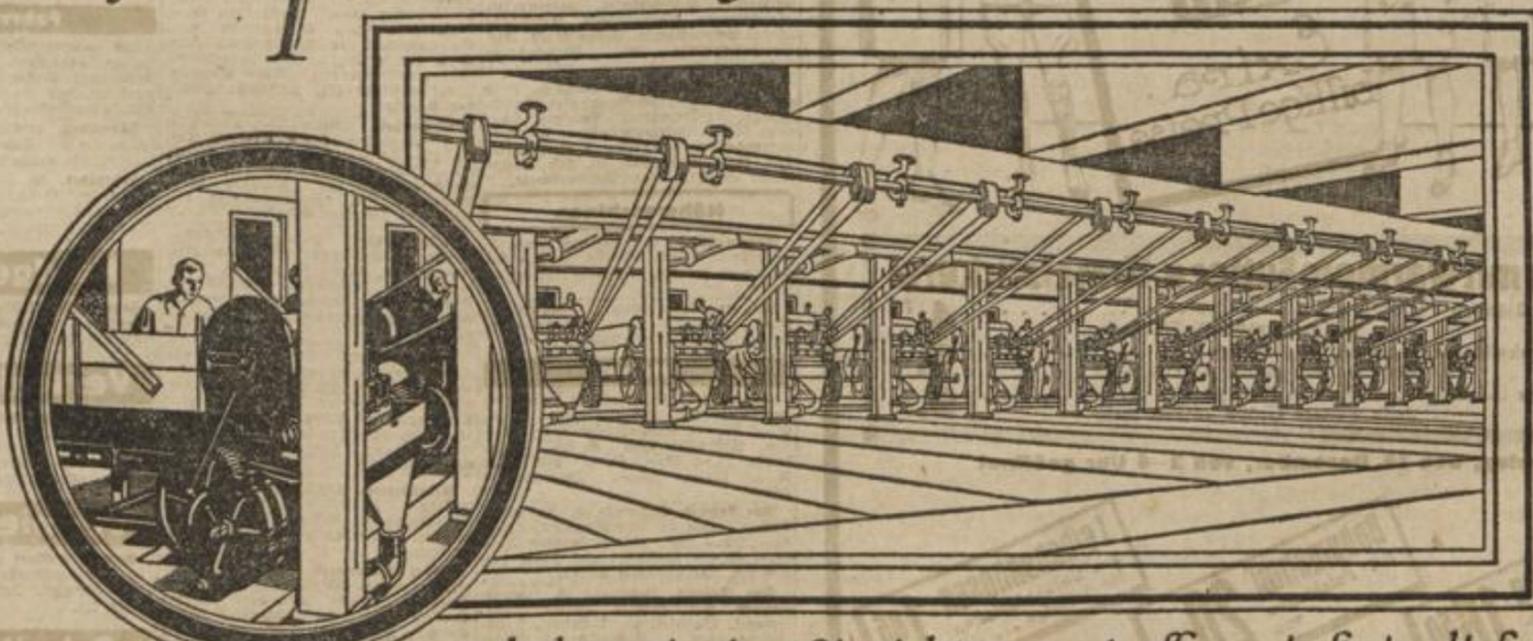
Einblendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat Berlin SW 61, Lindenstraße 2, 2. Hof, 2. Trepp. rechts, zu richten.

- 7. Kreis Charlottenburg. Freitag, 15. Dezember, 19 Uhr, im Zimmer 1 des Rathauses Sitzung des engeren Kreisvorstandes mit sämtlichen Abteilungsleitern.
 - 12. Kreis Tempelhof. Heute, Mittwoch, 14. Dezember, 19 1/2 Uhr, Fraktions-Sitzung im Tempelhof, Zentrum Germaniastraße. — Sitzung! Freitag, 15. Dezember, 19 1/2 Uhr, Kreisabteilungsversammlung im Marienbad, Alter Bahnhof, Dorfstr. 1.
 - 14. Kreis Reinickendorf. Freitag, 15. Dezember, im Saalbau Bergstr. 147 letzte Ringvorführung: „Die Weber“, mit Reizeprogramm. Karten sind noch an der Kasse zu haben. Rückstellungen Karten sind an der Kasse abzugeben.
- Heute, Mittwoch, 14. Dezember, 19 1/2 Uhr:**
Mitglieder- und Zahlabend.
- 23. Wkt. Zahlabend: Bezirke 64 und 65 im Lokal Vrenshauer Wiese 222. Bezirke 66 bis 70 bei Partell, Wälder Str. 19. Bezirk 71 bei Wegner, Wälder Str. 24. Bezirke 72 bis 78 bei Jänisch, Poggenauer Str. 3. Bezirke 79 bis 87 bei Reuberger, Choriner Str. 49. Bezirke 88 und 89 bei Hundel, Schumannstraße 20/21. Bezirke 90 bis 92 bei Meyer, Oberberger Str. 39.
 - 24. Wkt. Zahlabend: Otto, Rigauer Str. 88. Fortschritt, Schreinerstr. 22. Schulz Comedietheater, 20; Vortrag: „Der Sozialismus in der Arbeiterbewegung“, Referent Genosse Schmitz, Wende, Ta gitz, 23.
 - 25. Wkt. Zahlabend für sämtliche Bezirke in den bekannten Lokalen. Kartei-buch einsehen. Zugangsrechnung: Stellungnahme zur Neuwahl des Abteilungsleiters. Bezirke 130 und 134 bei Trunt, Volkshausstr. 20; Referent Genosse Wiegand. Bezirk 136 bei Kochale, Kärtnerwälder Str. 12; Referent Genosse Gens. Bezirk 139 bei Strauch, Volkshausstr. 71; Referent Genosse Schöner. Bezirke 150 bis 157 und 165 bei Wegwig, Bernauerstr. 15; Referent Genosse John. Bezirk 158 bei Späth, Georgenstraße, 65; Referent Genosse Wendt. Bezirk 162 bei Rosenber, Langendammstr. 1; Referent Genosse Wetzlar.
 - 26. Wkt. Zahlabend: Bezirke 126, 124 und 130 bei Reim, Urbinenstr. 23. Bezirk 132 bei Reim, Nietenstr. 28. Bezirke 128 und 127 bei Bruhn, Georgen-

- straße 40. Bezirke 128 und 129 bei Brandenburger, Jahnstr. 15. Bezirk 131 bei Wölter, Nietenstr. 40. Bezirk 132 bei Repp, Rauscher Str. 74. Bezirk 133 bei Wölter, Nietenstr. 40. Bezirk 134 bei Wolff, Graefstr. 26. Bezirke 135 und 136 bei Bogt, Soppstr. 8. Bezirke 137 und 138 bei Schüttler, Graefstr. 8.
- 44. Wkt. Schulaula Fiedlerberger Str. 44/45. Vortrag: „Wirtschaftsfragen.“ Referent Kurt Emolinsh.
- 45. Wkt. Zahlabend: Minnie, Dönhofs Str. 44. Weißens, Forster Str. 9. Stengiers, Reichenberger Str. 104. Sommer, Wiener Str. 36; Vortrag: „Der Sozialismus in der Familie.“ Referent Helene Reichardt. Wichtige Mitteilungen. „Unser Weg“ ist abgehoben. Hochzeitungen zum Weihnachtstag.
- 47. Wkt. 19 1/2 Uhr Sitzung der Weihnachtskommission mit den Bezirksführern bei Hilde, Waldemarstr. 65. Weihnachtslisten sind bis zu dieser Sitzung abzugeben.
- Wilmersdorf, 71. Wkt. Lokal Jonas, Durlacher Gde. Prudschaler Straße. Vortrag: „Systeme im künftigen Leben.“ Referent Dr. med. Räte Kronenthal. Gäste und „Bewährter“ Referent Herold eingeladen. — 72. Wkt. Schülers, Quakenstr. 21. Zahlabend. Vortrag: „Kommunalspezifische.“ Referent Gertraude Peh.
- 76. Wkt. Fehlers, Schilling, Reigin-Luise-Str. 42. Mitglieder- und Zahlabend. Die Genossen werden gebeten, die Arbeiterwohlfahrtsliste abzugeben.
- Schöneberg, 77. Wkt. Zahlabend: 1. Bezirk bei Wille, Kollnbuschstr. 16; Referent Genosse Forster. 2. Bezirk bei Jürgens, Barbarossastr. 5a; Referent Franz Gensinsh. 3. Bezirk bei Jürgens, Grünwaldstr. 30; an Stelle des erkrankten Genossen Strödel spricht Dr. W. Venninsh über: „Das Arbeiterproblem in der kapitalistischen Gesellschaft.“ 4. Bezirk bei Wille, Wartin-Luise-Str. 20. — 78. Wkt. Zahlabend: 1. Bezirk bei Urndt, Poggendorf Str. 10. Die anderen Zahlabend sind bereits bekanntgegeben. In allen Zahlabenden Stellungnahme zur Neuwahl der Abteilungsleitung. Alle Mitglieder, besonders die neuernannten, werden gebeten, bestimmt zu erscheinen. Die Bezirksführer laden ein.
- 82. Wkt. Bezirke. Zahlabend: 1. bis 4. Bezirk bei Schülers, Nietenstr. 15. 5. und 6. Bezirk bei Seitz, Dismarckstr. 65. 7. und 8. Bezirk bei Bernide, Reichenstr. Gde. Poggendorf, 7. Bezirk bei Rumbi, Nietenstr. 17. — Die Monatshefte „Unser Weg“ ist vom Genossen Thiedardt, Elbergrabenstr. 1, abzugeben.
- 87. Wkt. Parteiführer. Zahlabend bei Schülers, Nietenstr. 15.
- Reinickendorf, 88. Wkt. Kreisabteilungsversammlung in bekannten Lokalen: 13. Bezirk bei Pöhlner, Kollnbuschstr. 26; Referent Genosse W. Rechner. 15. und 16. Bezirk bei John, Nietenstr. 45; Referent Genosse Franke. 18. und 19. Bezirk bei Jänisch, Nietenstr. 11; Referent Genosse Jänisch. 17. und 24. Bezirk bei Reimann, Nietenstr. 4; Referent Genosse Reimann. 22. Bezirk bei Reimann, Nietenstr. 4; Referent Genosse Reimann. 23. Bezirk bei Schülers, Nietenstr. 15; Referent Genosse Reimann. 24. Bezirk bei Schülers, Nietenstr. 15; Referent Genosse Reimann. 25. Bezirk bei Schülers, Nietenstr. 15; Referent Genosse Reimann. 26. Bezirk bei Schülers, Nietenstr. 15; Referent Genosse Reimann. 27. Bezirk bei Schülers, Nietenstr. 15; Referent Genosse Reimann. 28. Bezirk bei Schülers, Nietenstr. 15; Referent Genosse Reimann. 29. Bezirk bei Schülers, Nietenstr. 15; Referent Genosse Reimann. 30. Bezirk bei Schülers, Nietenstr. 15; Referent Genosse Reimann. 31. Bezirk bei Schülers, Nietenstr. 15; Referent Genosse Reimann. 32. Bezirk bei Schülers, Nietenstr. 15; Referent Genosse Reimann. 33. Bezirk bei Schülers, Nietenstr. 15; Referent Genosse Reimann. 34. Bezirk bei Schülers, Nietenstr. 15; Referent Genosse Reimann. 35. Bezirk bei Schülers, Nietenstr. 15; Referent Genosse Reimann. 36. Bezirk bei Schülers, Nietenstr. 15; Referent Genosse Reimann. 37. Bezirk bei Schülers, Nietenstr. 15; Referent Genosse Reimann. 38. Bezirk bei Schülers, Nietenstr. 15; Referent Genosse Reimann. 39. Bezirk bei Schülers, Nietenstr. 15; Referent Genosse Reimann. 40. Bezirk bei Schülers, Nietenstr. 15; Referent Genosse Reimann. 41. Bezirk bei Schülers, Nietenstr. 15; Referent Genosse Reimann. 42. Bezirk bei Schülers, Nietenstr. 15; Referent Genosse Reimann. 43. Bezirk bei Schülers, Nietenstr. 15; Referent Genosse Reimann. 44. Bezirk bei Schülers, Nietenstr. 15; Referent Genosse Reimann. 45. Bezirk bei Schülers, Nietenstr. 15; Referent Genosse Reimann. 46. Bezirk bei Schülers, Nietenstr. 15; Referent Genosse Reimann. 47. Bezirk bei Schülers, Nietenstr. 15; Referent Genosse Reimann. 48. Bezirk bei Schülers, Nietenstr. 15; Referent Genosse Reimann. 49. Bezirk bei Schülers, Nietenstr. 15; Referent Genosse Reimann. 50. Bezirk bei Schülers, Nietenstr. 15; Referent Genosse Reimann. 51. Bezirk bei Schülers, Nietenstr. 15; Referent Genosse Reimann. 52. Bezirk bei Schülers, Nietenstr. 15; Referent Genosse Reimann. 53. Bezirk bei Schülers, Nietenstr. 15; Referent Genosse Reimann. 54. Bezirk bei Schülers, Nietenstr. 15; Referent Genosse Reimann. 55. Bezirk bei Schülers, Nietenstr. 15; Referent Genosse Reimann. 56. Bezirk bei Schülers, Nietenstr. 15; Referent Genosse Reimann. 57. Bezirk bei Schülers, Nietenstr. 15; Referent Genosse Reimann. 58. Bezirk bei Schülers, Nietenstr. 15; Referent Genosse Reimann. 59. Bezirk bei Schülers, Nietenstr. 15; Referent Genosse Reimann. 60. Bezirk bei Schülers, Nietenstr. 15; Referent Genosse Reimann. 61. Bezirk bei Schülers, Nietenstr. 15; Referent Genosse Reimann. 62. Bezirk bei Schülers, Nietenstr. 15; Referent Genosse Reimann. 63. Bezirk bei Schülers, Nietenstr. 15; Referent Genosse Reimann. 64. Bezirk bei Schülers, Nietenstr. 15; Referent Genosse Reimann. 65. Bezirk bei Schülers, Nietenstr. 15; Referent Genosse Reimann. 66. Bezirk bei Schülers, Nietenstr. 15; Referent Genosse Reimann. 67. Bezirk bei Schülers, Nietenstr. 15; Referent Genosse Reimann. 68. Bezirk bei Schülers, Nietenstr. 15; Referent Genosse Reimann. 69. Bezirk bei Schülers, Nietenstr. 15; Referent Genosse Reimann. 70. Bezirk bei Schülers, Nietenstr. 15; Referent Genosse Reimann. 71. Bezirk bei Schülers, Nietenstr. 15; Referent Genosse Reimann. 72. Bezirk bei Schülers, Nietenstr. 15; Referent Genosse Reimann. 73. Bezirk bei Schülers, Nietenstr. 15; Referent Genosse Reimann. 74. Bezirk bei Schülers, Nietenstr. 15; Referent Genosse Reimann. 75. Bezirk bei Schülers, Nietenstr. 15; Referent Genosse Reimann. 76. Bezirk bei Schülers, Nietenstr. 15; Referent Genosse Reimann. 77. Bezirk bei Schülers, Nietenstr. 15; Referent Genosse Reimann. 78. Bezirk bei Schülers, Nietenstr. 15; Referent Genosse Reimann. 79. Bezirk bei Schülers, Nietenstr. 15; Referent Genosse Reimann. 80. Bezirk bei Schülers, Nietenstr. 15; Referent Genosse Reimann. 81. Bezirk bei Schülers, Nietenstr. 15; Referent Genosse Reimann. 82. Bezirk bei Schülers, Nietenstr. 15; Referent Genosse Reimann. 83. Bezirk bei Schülers, Nietenstr. 15; Referent Genosse Reimann. 84. Bezirk bei Schülers, Nietenstr. 15; Referent Genosse Reimann. 85. Bezirk bei Schülers, Nietenstr. 15; Referent Genosse Reimann. 86. Bezirk bei Schülers, Nietenstr. 15; Referent Genosse Reimann. 87. Bezirk bei Schülers, Nietenstr. 15; Referent Genosse Reimann. 88. Bezirk bei Schülers, Nietenstr. 15; Referent Genosse Reimann. 89. Bezirk bei Schülers, Nietenstr. 15; Referent Genosse Reimann. 90. Bezirk bei Schülers, Nietenstr. 15; Referent Genosse Reimann. 91. Bezirk bei Schülers, Nietenstr. 15; Referent Genosse Reimann. 92. Bezirk bei Schülers, Nietenstr. 15; Referent Genosse Reimann. 93. Bezirk bei Schülers, Nietenstr. 15; Referent Genosse Reimann. 94. Bezirk bei Schülers, Nietenstr. 15; Referent Genosse Reimann. 95. Bezirk bei Schülers, Nietenstr. 15; Referent Genosse Reimann. 96. Bezirk bei Schülers, Nietenstr. 15; Referent Genosse Reimann. 97. Bezirk bei Schülers, Nietenstr. 15; Referent Genosse Reimann. 98. Bezirk bei Schülers, Nietenstr. 15; Referent Genosse Reimann. 99. Bezirk bei Schülers, Nietenstr. 15; Referent Genosse Reimann. 100. Bezirk bei Schülers, Nietenstr. 15; Referent Genosse Reimann.

- 88. Wkt. Tempelhof. Kreisabteilungsversammlung. (Sticht Beschlusnahme unter 13. Kreis.) Die Bezirksführer werden gebeten, die Kreisabteilungsliste abzugeben.
- Sitzung. SPD-Kreisabteilung im Freitag, 14. und Sonnabend, 17. Dezember, 19 1/2 Uhr, im Lokal „Schöneberg Heim“, Neue Friedrichstraße 1. werden zwei wichtige Versammlungen aller SPD-Genossen abgehalten. Genosse W. Müller spricht über „Partei und Gewerkschaften“, Diskussion, Werbemittelungen, Tagesfragen, Partiausweis ist mitzubringen. Bei möglichem Besuch erwünscht.
Der Bezirksauschuss.
- Frauenveranstaltungen.**
- 21. Wkt. Reinickendorf. Heute, Mittwoch, 14. Dezember, vormittags 10 Uhr, treffen sich die Genossinnen am Bahnhof Kaiser-Friedrich-Straße zur Besichtigung der Ausstellungsbühne am Kollnbusch 12/13.
- 118. Wkt. Schöneberg. Freitag, 16. Dezember, 20 Uhr, bei Werner, Köpenicker Straße 125, Vortrag: „Wohnungsfragen und Wohnungskultur.“ Referent:in Elise Engelshuber.
- Jungsozialisten.**
- Genossinnen: Erscheint zum Vortrag des Genossen Paulsen Dr. Max Adler, Wien, über: „Marxismus und Idealismus“ am Donnerstag, 15. Dezember, 19 1/2 Uhr, in der Schulstraße 24/25. (Bahnhof Friedrichstraße) bei der Besichtigung Sozialdemokratischer Studienbücher.
- Gruppe Reinickendorf: Der Gruppenabend fällt wegen der heiligen Mitteilungsversammlungen aus. — Gruppe Reinickendorf: Der Gruppenabend fällt heute aus. Jeder Genosse ist verpflichtet, den Zahlabend seiner Parteizugehörigkeit bestimmt zu besuchen.
- Gruppe Schöneberg: Sonnabend, 17. Dezember, Weihnachts- und Aufnahmefest in der Jugendherberge Kadowes. Treffpunkt 19 1/2 Uhr am Bahnhof! Weihnachtsgeschenke. Abfahrt 19.55 Uhr. Zutreffende und Stimmung mitbringen!
- Einheitsverband sozialistischer Handel- und Gewerbetreibender und sonstiger Genoss. Ortsgruppe Schöneberg. Donnerstag, 13. Dezember, 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelstraße 24/25, kleiner Konferenzsaal. Monatsversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag: „Wie kann man Steuerersparnisse erzielen?“ Referent: Kollege Fuchs. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Wir bitten um zahlreiches und pünktliches Erscheinen.
- Bezirksauschuss für Arbeiterwohlfahrt und Kinderhelfer.**
- 1. Kreis Prenzlauer Berg. Donnerstag, 15. Dezember, 19 Uhr, Abendsausgabe an bekannter Stelle. Abend um 20 Uhr Arbeitergemeinschaft. Ferner machen wir auf den am Dienstag, 20. Dezember, im Saalbau Friedrichshagen stattfindenden Filmabend aufmerksam. Gezeigt werden die Filme „Arbeiterwohlfahrt“ und „Kulturgeschichte“. Vortrag: „Kulturgeschichte des Arbeiterwohlfahrts“. Zum freien Eintritt berechtigt der Abtritt eines Poles der Arbeiterwohlfahrtskassen. Karte werden nach am Saalbau verkauft. — Sitzung! Unsere Helfer müssen eine Stunde vor Beginn im Saalbau bestimmt anwesend sein.
- Kinderfreunde Groß-Berlin.**
- Die Kreisleiter werden gebeten, am Freitag, 15. Dezember, 20 Uhr, in die Geschäftsstelle zur Auslosung der Weihnachtskarten zu kommen. Die genaue Zahl der teilnehmenden Kinder ist mitzubringen. Aus technischen Gründen liegt die Postzeit nicht über amüslichen. Wir bitten Treffpunkt usw. möglichst gleich festzusetzen. Der Unkostenbeitrag beträgt 30 Pf. Beginn der Preis 1 1/2 Uhr.
- Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation**
- 122. Wkt. Reinickendorf. Unter alter Genosse Johannes Buchmann ist verstorben. Eine seinem Andenken Gedenkfeier morgen, Donnerstag, 14. Dezember, 18 1/2 Uhr, im Krematorium Baumhausweg. Wir bitten um rege Beteiligung.

In unserer **Tabakschneiderei**



haben wir eine Einrichtung getroffen, wie sie in dieser Art bei anderen Unternehmen nicht zu finden ist. Ein Riesenstaubsauger übernimmt die Arbeit der Fortbewegung, der Reinigung und der Entstaubung des geschnittenen Tabaks. Staub, der beim Schneiden entsteht, macht den Tabak bitter. Es ist daher sehr wichtig, dass alle Staubteilchen von dem faserigen Tabak wirklich entfernt werden, damit der Wohlgeschmack der Zigaretten vom ersten Zuge an gewährleistet ist.

Derartig gepflegte Tabake erster Qualitäten verwenden wir für unsere

GREILING-AUSLESE zu **5 Pf.**

deren Güte die Ansprüche des verwöhntesten Rauchers befriedigt.

Auf den Weihnachtstisch
8 Mark der neue Damen
8 Kleiderstoff
Koch, Iceland
Gertraudenstr. 20/21 am alten Petriberg

Lohnerhöhung für Eisenarbeiter

In Amerika bei drei Schichten weniger Arbeiter, höhere Löhne, niedrigere Preise.

Deutschland geht, als das letzte der für die Eisenindustrie wichtigen Länder, zum Dreischichtensystem in der Eisen- und Stahlindustrie über. Es ist deshalb verständlich und richtig, wenn man bei dieser Gelegenheit die Erfahrungen prüft, die andere Länder mit dem Uebergang vom Zwei- zum Dreischichtensystem gemacht haben.

Dieser Forderung entspricht aber die Haltung der Presse, die dem schwerindustriellen Kapital zur Verfügung steht, nicht. Man muß den Mut bewundern, mit welchem einige Organe die Wahrheit über die Erfahrungen in anderen Ländern, namentlich in Amerika, entstellen, um diese „Erfahrungen“ gegen die Eisenarbeiter auszuspielen.

das beste Argument für die Forderungen der deutschen Eisenarbeiter sind

— trotz der Arbeit an Sonntagen und trotz der Tatsache, daß die durchschnittliche Arbeitszeit in der amerikanischen Eisen- und Stahlindustrie länger als 48 Stunden ist.

Die amerikanische Eisenindustrie kennt keine einheitliche Regelung der Arbeitszeit, was nicht zuletzt dadurch zu erklären ist, daß die Arbeiterschaft in dieser Industrie bis jetzt nicht organisiert ist. Trotzdem wurde in den letzten Monaten 1923 in der großen Mehrzahl der Betriebe unter dem Druck der öffentlichen Meinung der Uebergang zum Dreischichtensystem vollzogen.

In der offiziellen Veröffentlichung, der diese Angaben entnommen sind, wird aber ausdrücklich festgestellt, daß Schichtenarbeit während sieben Tagen in der Regel nur bei Hochöfen und Martinwerken besteht. In anderen Werken wird im äußersten Fall die Wochenarbeit am Sonntag spät abends mit der Nachtschicht angefangen, und sonst nur Reparaturen und Einrichtungsarbeiten am Sonntag ausgeführt.

Von 100 Arbeitern arbeiteten 1926 als normale Zeit:

Table with 5 columns: Industry type, Less than 6 days, 6 days, 6-7 days, 7 days. Rows include Hochöfen, Martinwerke, Bessemerwerke, Puddelwerke, Grobblechstraßen, Stabeisenstraßen, Feinblechstraßen.

Wir geben aber gern zu, daß die amerikanischen Zustände in mancher Hinsicht sehr verbesserungsfähig sind; so ist es z. B. ein unerträglicher Zustand, wenn bis jetzt in Hochöfen 26 Proz. und in Martinwerken 17 Proz. aller Arbeiter mehr als 60 Stunden pro Woche arbeiten.

Bei um 16—24 Proz. verkürzter Arbeitszeit um 30—41 Proz. höhere Löhne.

Trotzdem wurden die Löhne völlig ausgeglichen; die Stundenlöhne und die Wochenverdienste sind gestiegen. Jetzt sind die durchschnittlichen Stundenlöhne in der gesamten Eisenindustrie um 24 Proz. höher als 1922, und wenn wir die Zweige nehmen, in denen der Uebergang zum Dreischichtensystem stattfand, so sind die Stundenlöhne in Hochöfen um 30 Proz., in Bessemerwerken um 36 Proz. und in Martinwerken 41 Proz. höher als unter dem Dreischichtensystem.

das offizielle Urteil über die Wirkung des Dreischichtensystems ist.

„Die Wirkung der Abschaffung des Zwölftundentages kommt in der letzten großen Produktivitätssteigerung des Jahres 1925 zum Ausdruck. Trotz der umfangreichen Produktion dieses Jahres waren weniger Arbeiter in der Industrie beschäftigt als 1918, 1920 und 1923, obwohl die Arbeitszeit so weitgehend verkürzt worden war.“

Preußischer Staat und das Ferngas

Gegen die Gefahren der privaten Monopolisierung.

Die Ferngasversorgung ist keineswegs das einzige oder das erste Gebiet der öffentlichen Versorgung, auf dem die Interessen der Öffentlichkeit und die Interessen der Privatindustrie in Kampf geraten.

Verfügung über öffentliche Wege

stets Gebrauch gemacht, um die Interessen der Öffentlichkeit gegen ein Ueberhandnehmen des Privateigentums von vornherein zu sichern. Als dann später die Fernversorgung mit Elektrizität entstand, sich Ueberlandzentralen bildeten, die weit über die Grenzen einzelner Kommunen hinausgehende Gebiete mit Strom belieferten, haben die höheren öffentlichen Verbände, die Provinz, der Staat, ebenso wie früher die Kommunen, von dem Begerecht Gebrauch gemacht, um entweder selbst die Versorgung in die Hand zu nehmen oder wenigstens eine ausreichende Beteiligung und Kontrolle für sich zu sichern.

Auch auf dem Gebiete der Gasversorgung — sei es von der Grube aus, sei es von großen öffentlichen Gaswerken aus — ist der Weg vorgezeichnet.

Dem uneinheitlichen Vorgehen der Kommunen.

namentlich auch der Haltung der bürgerlichen Parteien innerhalb der Kommunalverwaltungen, hat es aber die schwerindustrielle A.-G. für Kohleverwertung zu danken, daß sich für sie in der letzten Zeit einige Teilerfolge vorbereiten, und daß im rheinisch-westfälischen Gebiet die Uebernahme der Gasversorgung durch ein Privatmonopol ohne jegliche Beteiligung oder Kontrolle der öffentlichen Hand droht.

Der mögliche volkswirtschaftliche Vorteil der Fernversorgung würde den Gemeinden, den Konsumenten verlorengehen. Dieser volkswirtschaftliche Vorteil besteht einmal in der Vermeidung von großen Zentralen aus, bei denen die Erzeugungs-, Lager-, Transportanlagen am besten modernisiert werden können, zweitens in der Erzielung des Kohlentransports per Bahn durch Gastransport per Rohr bei bestimmten Gaswegen in bestimmter Entfernung, drittens in der Benutzung der minderwertigen Kohle.

die Gemeinden durch Errichtung großer Gruppen-Gaswerke

sehr gut Vorteile erzielen. Nur in den Gebieten der Montanindustrie, also namentlich im Ruhrgebiet selbst, läßt sich eine Parallele-Versorgung aus Grubentoreneen und aus selbständigen Gaswerken volkswirtschaftlich vielleicht entbehren.

Der Wiederaufbau der Landbank.

Die Landbank A.-G., Berlin, wurde bekanntlich bis zum Frühjahr 1926 unter der Leitung und Verantwortung einer Hugenbergschen Clique bis kurz vor den Konkurs getrieben.

Die einschneidendste Maßnahme, an die sich bekanntlich ein von den Hugenberg-Beuten inszenierter sogenannter Sturm der Aktionäre anknüpfte, war die Zusammenlegung des Aktienkapitals von 1.300.000 M. auf 65.000 M., also auf ein Zwanzigstel.

Bilanzen und Gewinnabschlüsse sind angesichts dieser sehr schwierigen Lage aber relativ günstig zu nennen. Gegenüber dem Verlust des Vorjahres mit 1.23 Millionen M., der auf die Hugenbergsche Mißwirtschaft zurückzuführen war, konnten für das Jahr 1926/27 Einnahmen und Ausgaben in Einklang gehalten werden.

Echelle Leistungssteigerung auch in ostdeutschen Giebereien. Nach der Fusion der Wilhelmshütte in Sprottau und des Eisenwerkes Markenshütte in Kohnow (Niederlausitz) im Januar dieses Jahres veröffentlicht die neue Gesellschaft, die Eisen- und Emaillewerke A.-G. Sprottau-Wilhelmshütte, ihren ersten Abschluß.

Anfall von Feintohle steigert. Allerdings ist die Feintohleerwertung nicht unbedingt an die Zechengaserzeugung gebunden. Dem Konsumenten kommt bei Zechenversorgung dieser Vorteil aber erst dann zugute, wenn der Gaspreis auch wirklich auf

der Grundlage des Preises für minderwertige Kohle berechnet

wird und nicht, wie es scheinbar bei den gegenwärtigen Preisangeboten der A.-G. für Kohleerwertung der Fall ist, auf Grundlage des Preises für hochwertige Kohle.

Man wird nun am besten tun, den Kämpfen im Rheinland und Westfalen heute die Hauptaufmerksamkeit zu widmen, ohne das von der A.-G. für Kohleerwertung ursprünglich aufgeworfene Projekt der Gesamtversorgung des Reichsgebietes von der Ruhr aus ernst zu nehmen.

Im Ruhrgebiet liegen an sich die Verhältnisse, die für die Stärke der kämpfenden Parteien ausschlaggebend sind, nicht ungünstig für die öffentliche Hand.

Die Ruhrindustrie steht vor einem baldigen Ueberangebot an Gas.

In ihrem Bestreben, sich hohe Syndikatsbeteiligungen an der Koks-erzeugung zu sichern und aus den neuen wirtschaftlich umwälzenden Methoden der Nebenproduktengewinnung Vorteile zu ziehen, haben fast sämtliche Ruhrkonzerne im Laufe dieses Jahres mit dem Neubau ihrer Koksöfen begonnen.

Weshalb trotzdem der Kampf bisher für einige Gemeinden nachteilig war, woran wahrscheinlich auch die gegenwärtige politische Zusammensetzung mancher Kommunalverwaltungen nicht ohne Schuld ist.

hat der Staat eingzugreifen.

Der Staat hat darüber zu wachen, daß dieser wichtige Zweig der Versorgung der Bevölkerung mit Energie nicht in die Hand von Privatmonopolisten fällt. Er hat darüber zu wachen, daß diese Form des Energiehandels, deren Gebiet sich weit über die Grenzen einzelner Gemeinden hinaus erstreckt, nicht infolge des zerstückelten Vorgehens der Gemeinden sich außerhalb jeder öffentlichen Kontrolle stellt.

Schon auf verwaltungsmäßigem Weg, durch Anweisungen an die Aufsichtsbehörden, hat es der Staat in der Hand, Ueberverteilungen der öffentlichen Organe bei der Verleihung des Begerechts zu verhindern. Sollte es sich als nötig erweisen, so könnten die gelegentlichen Organe der Verwaltung zur Seite stehen.

ein durchaus gleichlaufendes Produktionsprogramm aufweisen, ist offensichtlich erst der Anfang eines noch in Fluss befindlichen großen Zusammenstoßes der ostdeutschen Eisengiebereien. Es laufen zurzeit noch Verhandlungen mit der Marsteiner Eisenwerke A.-G., die zumindest für ihre schließlichen Betriebe ein Fusionsinteresse zeigt.

Die nationale Automobilgesellschaft erzwingt eine Herabsetzung der Dividende, und zwar bei der bekannten Presto-Werke A.-G. in Chemnitz, für die die Fusion in der RAG, Berlin beantragt ist.

Gemischte Gaswirtschaft am Mittelrhein. Die Koblenzer Stadinerordnungsversammlung beschloß die Ueberführung des Koblenzer Gaswerks in einen gemischtwirtschaftlichen Betrieb, an dem die rechtsrheinische Gasgemeinschaft und die Thüringer Gasgesellschaft A.-G. beteiligt sind.

Preußens Besoldungsreform.

Der Landtag nimmt sie in zweiter und dritter Lesung an.

Auf der Tagesordnung der Diensttagssitzung stand die zweite Lesung der Besoldungsreform. Die Sozialdemokraten und Kommunisten, besonders aber die Deutsche Volkspartei hatten eine große Anzahl von Änderungsanträgen zu den Ausschlußschlüsseln eingebracht.

Ueber die Ausschlußverhandlungen berichten die Abg. Ebersbach (Dnat.), Baumhoff (S.), Müller-Hannover (Soz.), Meyer-Herford (D. Sp.) und Herrmann-Krestan (Dem.).

Finanzminister Dr. Höpfer-Nichoff: Nach der Beschaffung des Hauptauschusses wird die Besoldungsreform eine Mehraufwand von 202 Millionen Mark jährlich erfordern. Da diese Mehraufwendung im Etat für 1928 mit anderen großen Aufwendungen zusammenfällt, wird im Voranschlag für 1928 ein Defizit von 60 Millionen entstehen. Dieser Fehlbetrag muß durch höhere Heberweilungen des Reiches, höheren staatsrechtlichen Einnahmen oder Abstrichen im Etat ausgeglichen werden. Jedenfalls vertritt die Regierung den Standpunkt, daß eine Steuererhöhung zur Balancierung des Etats nicht in Frage kommt.

Abg. Dr. Köhler-Breiswald (Dnat.): Es handelt sich bei der Besoldungsreform nicht um ein Parteigesetz, nicht um das Bedürfnis einer einzelnen Partei, sondern um eine Staatsnotwendigkeit.

Abg. Simon-Neufals (Soz.):

Die Frage der Besoldungsreform läßt sich von den Gesamtfragen der Wirtschaft nicht lösen, wenn auch die beiden Fragen nicht so verbunden sind, wie der Abg. Cadendorff meint, daß der Staat die ganze Besoldungsreform bezahlen muß. (Heiterkeit.) Ein Mittel der Abhaltung ist die Besoldungsreform für keine Partei; man wird mit Forderungen für die Beamten weder unter den Beamten, noch beim Mittelstand, noch auch in Arbeiterkreisen Stimmen gewinnen können. Aber die Sozialdemokratie hat es für ihre Pflicht gehalten, nachdem sie die ungelöste und wirtschaftspolitisch im Reich nicht zu verhängen können, die Beamten wenigstens einigermassen gemäß den Preissteigerungen auszubehalten, die durch die Reichsregierung längst verschuldet und eingeleitet sind. Der Steigergewinn des Zentrums verleiht ein schweres Unrecht, wenn er, als Ablenkungsmanöver von den Taten des Bürgerblocks im Reich, die Arbeiter gegen die Beamten aufspizt. (Sehr gut bei den Soz.)

Die Beamtenschaft verdankt es der preußischen Koalition, daß die Besoldungsreform jetzt zustande kommt, und daß die Erhöhung nicht zu 75 Proz., sondern voll bewilligt wird.

Seit wie möglich, hat die preußische Regierung und innerhalb der preußischen Koalition die Sozialdemokratie auch dafür gesorgt, daß die mittleren und unteren Beamten nicht gar zu sehr von den höheren Beamten niedergedrückt werden. Wir kämpfen für den Tag, an dem Arbeiter, Angestellte und Beamte als einzige Verbraucher sich das Recht an der Republik erkämpfen, das ihnen keine Besoldungsreform bringen kann. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Baumhoff (S.): Wir danken der Opposition für ihre lokale Mitarbeit. Wir wissen, daß wir kein vollkommenes Gesetz geschaffen haben, aber wir brauchen uns unserer Arbeit nicht zu schämen. Der einzige heftig angegriffene Punkt unserer Entscheidung ist die Herabsetzung des Anfangsgehaltes der höheren Beamten. Dabei hat uns lediglich das unabweisbare Bedürfnis getrieben, für notwendige, soziale Entschlüsse einen finanziellen Ausgleich zu schaffen.

Abg. Meyer-Herford (D. Sp.): Die Durchführung der Besoldungsreform war unbedingt notwendig. Aber daß Preußen die jungen Akademiker wesentlich schlechter stellt als das Reich, ist für uns einfach unerträglich. Im übrigen beantragen wir eine Herabsetzung der Ministergehälter und der Diäten der Abgeordneten. (Lachen links.)

Abg. Colper (Komm.): Nach einer erbärmlichen Verhandlungsfomodie von schwächlicher Dauer ist die neue Besoldungsreform endlich fertig. Aber es sollte richtiger Zivilist des Reichsverbandes der höheren Beamten heißen; denn die mittlere und untere Beamtenenschaft lehnt dieses Nachwort ab. Die Kommunisten sind die einzigen echten Freunde der Beamten.

Abg. Barteld-Hannover (Dem.): Die Ausführungen des Abg. Colper sind unlogisch; denn die Kommunisten lehnen das Berufsbeamtenumgründlich ab. (Zuruf bei den Kommunisten: Schwindel! — Ordnungsruf.) Wir haben viele Bedenken im einzelnen, aber hauptsächlich ist jetzt, daß vor Weihnachten den Beamten ihr verbessertes Gehalt gesetzlich garantiert wird. Die Anträge der Deutschen Volkspartei sind reine Demagogie.

Abg. Cadendorff (Sp.): Was nützt den Beamten mehr Geld, wenn die Preise wieder steigen? Jede Erhöhung der Steuern muß sofort zum Zusammenbruch der Wirtschaft führen. Darum handeln wir im Interesse der Beamten, wenn wir alle ungedeckten Ausgaben ablehnen. Mit den dauernden Lohn- und Gehaltserhöhungen ist niemandem geholfen. Wir müssen endlich ernst mit dem Preisabbau machen. (Lachen links. Zuruf: Jollmücher! Mietmücher!)

Abg. Körner (Völk.) fordert Gehaltsverbesserung für die Oberregierungsräte in den Oberpräsidien.

Abg. Dr. Hamburger (Soz.):

Auf einen Preisabbau ist die Beamtenenschaft und die übrige Verbraucherenschaft seit Jahren verträglich geworden. Die gegenwärtige Regierungskoalition im Reich hat umgekehrt die Lebenshaltungskosten ganz wesentlich verteuert, und so blieb uns in Preußen gar kein anderer Weg, als den Beamten eine Ausgleichszulage zu gewähren. (Sehr wahr! bei den Soz.) Herr Abg. Körner kämpft seit einigen Jahren hier um seine Ministerzulage. Jetzt hat er seine Bemühungen auf die ihm besonders nahestehende Gruppe der Oberregierungsräte bei den Oberpräsidenten verschoben. Es macht keinen sehr günstigen Eindruck, daß der völkische Herr hier immer nur als Selbstverfänger auftritt. (Große Heiterkeit und sehr gut! bei den Soz.) Dem Dank für die lokale Opposition der Rechtsparteien schließen wir uns an. Ich darf diesen Dank aber auf die kommunistische Partei ausdehnen; denn Herr Colper spricht zwar etwas laut, (Heiterkeit) aber er hat uns sonst vielerlei Schwierigkeiten gemacht. Er hat z. B. im Ausschuss keinerlei Anträge auf Herabsetzung der höheren Beamten gestellt.

Wenn die Volkspartei uns jetzt mit einem Regen neuer Anträge überschüttet hat, von denen sie keinen einzigen im Ausschuss gestellt hatte, so beweist sie lediglich, daß es ihr als einziger Partei hier nicht auf die Lage der Beamten, sondern auf

Agitation und Stimmenfang

ankommt. (Sehr gut links.) Hat die Volkspartei den Antrag auf Kürzung der Ministergehälter auch im Reich gestellt? (Sehr gut und Heiterkeit links.) Anderenfalls denken wir nicht daran, die Tätigkeit des Herrn von Reubell im Reich. (Sehr gut bei den Soz.) Einer Partei, wie der Volkspartei, deren Abgeordnete in der Privatwirtschaft vielfach Einkommen erzielen, die ein Mehrfaches der Ministergehälter sind, steht diese Sorte schäblicher Demagogie besonders schlecht zu Gesicht. (Lobhafter Beifall bei den Soz.) Die Kürzung der Anfangsgehälter der höheren Beamten beruht auf keinerlei Abneigung oder politischer Vereinnahmung. Im übrigen haben wir unsere Hauptaufgabe darin gesehen, soziale Härten auszugleichen.

Die Kommunisten haben für dieses Ziel durch Anträge gekämpft, die

abgelehnt worden sind. Wir haben für das gleiche Ziel noch unserer Methode in einer wochenlangen, außerordentlich mühseligen Verhandlungsarbeit gekämpft und haben für zahlreiche untere Beamte erhebliche praktische Verbesserungen durchgesetzt. Warum wollen die Kommunisten uns unsere Erfolge verübeln? Unser Hauptverdienst in Preußen aber bleibt, daß wir der Beamtenenschaft den Genuß der Erhöhungen noch in diesem Jahre sicherstellen, Erhöhungen, auf die sie bei der Unsicherheit der ganzen Lage im nächsten Jahre vielleicht überhaupt nicht mehr rechnen könnten. (Lobhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. Beuermann (D. Sp.) verteidigt die Anträge der Volkspartei. Gegen einen Schlußantrag der Regierungsparteien erhebt Abg. Dr. von Campe (D. Sp.) lebhaften Protest; dieser Schlußantrag sei eine ungeheuerliche Vergewaltigung.

Abg. Bauhoff (S.): Bestern hat uns Herr von Campe beschimpft, weil wir die Besoldungsreform auf heute zurückstellten. Heute ist er böse, daß wir sie fertig machen wollen.

Der Schlußantrag wird angenommen. In zahllosen namentlichen Abstimmungen wurden alle Änderungsanträge abgelehnt und die Vorlage in zweiter Lesung und daraufen bloc in dritter Lesung angenommen. Mittwoch: Einbringung des Etats durch den Finanzminister.

Wegen Beleidigung des preußischen Ministerpräsidenten verurteilt wurde der völkische Schriftsteller Georg Kramer aus Leipzig zu 600 Mark Geldstrafe. Kramer hatte die Verleumdung wiederholt, Otto Braun habe 4 Millionen Mark von Professor Oppenheimer zur Agitation in den Agrarprovinzen erhalten.

Mannheims neuer Oberbürgermeister. Als Nachfolger des zum 1. April aus seinem Amte scheidenden Mannheimer Oberbürgermeisters, Dr. Kucher, ist nach einer Verständigung zwischen Sozialdemokraten und Zentrum der Kieler Bürgermeister Heinrich, der zur Sozialdemokratie zählt, in Aussicht genommen. Für den Posten des ersten Bürgermeisters, der ebenfalls neu zu besetzen ist, hat das Zentrum Ministerialrat Seeger in Vorschlag gebracht.

Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Reddemeyer, gegen den ein Strafverfahren vor dem Reichsgericht schwebt, soll, wenn er sich nicht zu Verhandlung stellt, vorgeführt oder verhaftet werden. Der Geschäftsordnungsausschuss des Reichstags hat diesem Antrag des Oberreichsanwalts stattgegeben.

Und das Schulgesetz?

Durchführungspläne aufgegeben. — Preußen wehrt sich gegen die Konfessionalisierung der Schulaufsicht.

Der Rechtsabteil im Reichstag hat dem Ansein nach auf seine Absicht, das Reichsschulgesetz durchzuführen, endgültig verzichtet. Die Differenzen innerhalb der Regierungsparteien sind zu groß geworden, als daß man sie mit Gewaltmitteln aus dem Wege räumen dürfte. Herr Professor Schreiber vom Zentrum, der die evangelische Kirche, hat deshalb mitgeteilt, daß eine sachliche und ausgiebige Klärung der Materie nicht zu umgehen sei.

Also mit der Verabschiedung im Ausschuss vor Weihnachten nach ist es vorbei. Der Ausschuss beschloß schon gestern, sich auf eine Ferienberatung, beginnend am Montag, dem 9. Januar, nachmittags 5 Uhr, einzustellen. Herr Pfarrer Wamm, der Vorsitzende und Haupttreiber — von ihm stammt das Wort: „Ich begrüße das Gesetz. Die evangelische Kirche wird an ihm endlich wieder einmal lämpfen lernen!“ — Herr Wamm also sieht mit sehr süßlich-saurem Pausbackengesicht sein Gesetz und dessen Verabschiedung in etwas nebelgrauere Fernen sich verzichen, als er es gehofft hatte.

Die sachliche Beratung brachte zum Abschnitt III des Gesetzes (Schulaufsicht und Schulverwaltung) eine Reihe von Regierungsverklärungen zu einem der Kernprobleme des Entwurfs, zur Frage der Konfessionalisierung der Schulaufsicht. Ministerialrat Köpfer vom Reichslinienministerium mußte zugeben, daß in sämtlichen Ländern mit Ausnahme von Bayern, Württemberg, Braunschweig und Oldenburg keinerlei landesgesetzliche Vorschriften darüber bestehen, daß Schulaufsichtsbeamte der Konfession der Mehrheit der ihnen unterstellten Schüler angehören müssen.

Ministerialdirektor Kästner gab als Vertreter der preußischen Regierung die Erklärung ab, daß der Reichstag einmütig die Niedereinführung der geistlichen Schulaufsicht ablehne, und daß gerade Preußen unbedingt fordere, es in der Ernennung der Schulaufsichtsbeamten bei der bisherigen Praxis zu belassen. Ministerialrat Landé erläuterte diese Praxis in juristischen Darlegungen dahin, daß die preußische Schulgesetzgebung hier keine gesetzliche Bindung kenne, sondern lediglich nach Möglichkeit Rücksicht auf den konfessionellen Charakter eines Aufsichtsbezirks nehme. Es müsse das Recht behalten, Ausnahmen zu machen. Eine Einmütigkeit lehne Preußen unbedingt ab.



In Vorfreude und Erwartung spürt in diesen Tagen jeder den Zauber des schönsten Festes; gilt es doch, zu beglücken und beglückt zu werden. Der Weihnachtswunsch des Berliner Rauchers ist seine Lieblingsmarke. Wer ihn erfüllen will, schenkt:

Joseetti Juno
Berlins meistgerauchte 4.8 Cigarette

Der Käfig in der Nachtigall.

Von Friedrich Wolf.

Eines Abends — es war im Dezember — erwog Mathias, ein Arbeitsloser, ob er das Asyl wieder aufsuchen, oder lieber eine strafbare Handlung begehen solle. Er entschloß sich für das Letztere.

Er bestieg geistlich die Tram und würdigte die untergeordnete Frage des Schaffners: Noch jemand ohne Fahrkarte? seiner Entgegnung. Erst bei der dritten Fahrt gelang es ihm, vom Kontrolleur gestellt zu werden. Die Waise entschied sich unverzüglich für den Schaffner durch Entsendung dreier Zeugen; zwei Schaffner nahmen sich des Falles an; im Polizeirevier wurde der Tatbestand aufgenommen; Mathias — er hatte keinen Groschen mehr — des Betrugs im Vollendungsstadium überwiegen, die Zeugen notiert, der Zugang nochmals überhört; dann endlich bekam er Brot, Kaffee und seine Zelle.

Mathias atmete auf. Man kümmerte sich um ihn; man hatte seinen Namen erfahren wollen, man hatte sich fast Liebesdolch mit seinen Familienverhältnissen beschäftigt, in seine Ehrenreihe sich verzielt; man machte draußen um seinetwillen; morgen würden wieder Menschen bloß seinetwillen sich bemühen, schreiben, fragen stellen, hin- und herlaufen, vielleicht sogar ein Auto bestellen (er mußte doch befördert werden). Es gab mit einem Male viele Dinge, die um seinetwillen geschahen, Menschen, denen sein Leben Aufgaben stellte; was tat er, ob unter dieser oder jener Benennung? Ja, draußen machte man diese Nacht nicht der scheinlosen Dienstvorschrift gemäß; man machte um ihn!

Mathias verankert in seiner Zelle in einen tiefen, wohlverdienten Schlaf.

Am folgenden Morgen weckte ihn eine rauhe Stimme: „Aufstehen!“

Er sprang hoch; er fröstelte; schon schob man einen großen Kopf heißen Kaffee und ein Stück Brot hinein. Es waren große starke Männer in Uniform, gleichsam in Livree, die ihn bedienten, die ihn weckten, in deren Gedanken er lebte, deren Dasein er einen Sinn verließ. Ob etwas barbares äußeres Benehmen war offenbar nur die rauhe Schale ihrer starken, männlichen Liebe zu dem Gegenstand, an dem ihr Pflichtbewußtsein sich entzündend durfte.

„Nichts als Kleindred! Hünermist!“ meinte der Kommissar bei der Aufstellung des zweiten Protokolls. „Was beabsichtigten Sie mit der Fahrt?“ Das klang durchaus würdig und der Bedeutung des Augenblicks gemäß. Mathias schweig feierlich. — Der Kontrolleur brüllte: „Sie! Wie konnten Sie es wagen, ohne Billett zu fahren?“ Mathias wollte gerade antworten: „Wie Sie um mich sich bemühen, Herr Kommissar! Wieviel Wärmeleistungen Sie zerstreuen!“ Aber er befürchtete des Beamten Evolution und Arbeitsfreude zu zerstören; er schwieg. — „Zum Donnermetter!“ hauchte ihn die glühende Angel an, „geben Sie den Betrag im Vollendungsstadium zu?“ Mathias spürte deutlich, daß hier der ganze Angelpunkt des Problems lag, daß die Tatsache, daß er der Gebende war, sich nicht länger mehr verheimlichen ließ; und sprach er mit Heberzeugung: „Ich gebe zu.“

„Nehmen!“
Man begann die sublimere Teilnahme, die man einer Person widmet. Er wurde im Auto einem imposanten Bau zugeführt, dem Untersuchungsgefängnis. Wiederum kamen starke Männer in einfacher Livree, die sich um ihn bemühten, andere, die nach seinem Stammbaum sich erkundigten, dritte, die den Tatbestand nochmals prüften, wieder andere, die eine Akte vorlegten. Er ließ sich verschiedentlich von Assessoren, einmal sogar von einem Landgerichtsrat interviewen. Seine Memoiren wurden — in einem blauen Deckel geheset — von Staats wegen gesammelt, registriert und der Bibliothek des imposanten Gebäudes einverleibt.

Selbst der Bureauchef mußte sich mit ihm beschäftigen. Der Aktenhelfer mußte sich mit ihm beschäftigen. Zwei Gerichtssekretärspiranten mußten sich mit ihm beschäftigen und ein Berichter nachmalig abschreiben, weil sie „intriniert“ mit „a“ geschrieben. Der eine von ihnen kam zu spät zum Mittagessen, und es gab eine Szene, bei der eine Kohlenhaufel unglücklich lag und der Arzt hinzugezogen werden mußte. Ein entfernter Arzt mußte sich mit ihm beschäftigen.

In einer Nebenverhandlung mußte die Reinigung des Tram-Schaffners vom Verdacht der Beihilfe zum Betrug im Vollendungsstadium stattfinden. Drei Zeugen mußten geladen, auf die Heiligkeit des Eides hingewiesen und entschuldigend werden. Die ganze Nebenverhandlung mußte sich mit ihm beschäftigen.

Es wurde Mathias immer offener, daß es sich hier unmöglich um das nicht gelöste Tram-Billett handeln konnte, noch um den Versuch, auf einer gutgeleiteten Polizeistation zu übernachten, sondern daß es von ihm in jener unmerklichen Sekunde abgegangen hatte, ob Hunderte von Menschen durch ihn die Möglichkeit erlangen sollten, ihre Pflicht zu erfüllen. Er spürte deutlich, wie alle die Menschen, die er beschäftigte, vom Landgerichtsrat bis zum Aktenhelfer, aus einem leisen und scheuen Gefühl der Dankbarkeit sich um ihn bemühten; er spürte den inneren Segen seiner Tat, er kam sich wie ein Miller, weithin wirkender Wohlthäter vor, der vielen Menschen Aufträge erteilte und Arbeitsgelegenheit verschaffte; wie ein Juwel, das man einschloß, damit es nicht gestohlen wurde.

Als um Mittag wieder ein Beamter in kleiner Livree erschien, ihm keine Brotsuppe hinstellte und mit gewisser Sorgfalt hinter sich zurückließ, da schaltete Mathias nicht ohne Stolz.

Der Landgerichtsrat aber legte das Fruchtmesser hin und streckte sich lang. Derweil sein Weib ihm die Rolle unters Haupt schob und seine gesuchte Stirn glänzend, mochte: „Du überarbeitest dich, Schob!“ knurrte er streng, doch mit Gemüt: „Nur Arbeit ab!“

Alle preußische Gefängnisbureaukratie.

In einem dänischen Weihnachtsroman bringt H. P. Hanssen, der ehemalige Abgeordnete der dänischen Wärderei im Deutschen Reichstag, eine Schilderung seines Gefängnisaufenthalts in Neu-Ulmster, die so charakteristisch für die lächerliche Bureaukratie der ehemaligen preußischen Gefängnisverwaltung ist, daß hier zwei Beispiele aus Hanssens Gefängniszeit wiedergegeben seien.

Hanssen, der wegen einer politischen Angelegenheit drei Monate Gefängnis erhalten hatte, durfte, wie er schreibt, im Gefängnis seine eigene Kleidung tragen. Darum erklärten er in Reunions mit einem kleinen Handtuch, in dem er Wäsche und Strümpfe zum Waschen, einen anderen Anzug, Schreibmaterialien und andere Kleinigkeiten hatte. Seine naive Hoffnung, daß er diese Sachen mit in seine Zelle nehmen dürfe, erfüllte sich jedoch nicht. Der Koffer mußte beim „Hausvater“ deponiert werden, nachdem sein Inhalt haor-

genau Stück für Stück in ein Protokoll eingetragen worden war. Als Hanssen das Maß der Dinge, seinen Kragenknopf zu verlieren, hielt er es für selbstverständlich, den Gefängniswärter zu bitten, ihm den Kragenknopf aus seinem Koffer zu holen. Aber er hatte nicht mit der preußischen „Ordnung“ gerechnet. Der Gefängniswärter belehrte ihn, daß er einen Antrag stellen müsse, um jenen neuen Kragenknopf zu erhalten. Dieser Antrag könne von Hanssen bei ihm mündlich gestellt werden; er müsse ihn aber schriftlich an den Oberwärter weitergeben, von dem er an den Gefängnisdirektor zu gehen habe. Die Preußen sind ordentliche Leute, aber ein Gefängnisdirektor hat ein menschliches Gemüt. Am nächsten Tage nach dem „mündlichen Antrag“ erschien der Unterinspektor, von einem Gefangenen begleitet, der sein Schlüsselbund trug, teilte Hanssen mit, daß sein Kragenknopfantrag bewilligt sei und erbatte ihn, mit zum Hausvater zu gehen, um dort den Knopf persönlich in Empfang zu nehmen. Drei Mann hoch ging es also nach dem Gefängnisbüro. Dort lag das Einlieferungsprotokoll auf dem Tische. Der Hausvater stand daneben, und der Hausvater stellte fest, daß auf der dritten Kollonette des Protokolls als Nr. 83 ein Kragenknopf verzeichnet war. Daraufhin wurde der Koffer geöffnet, der Knopf herausgeholt und ebenfalls auf den Tisch gelegt. Noch immer durfte ihn Hanssen nicht berühren, denn der Hausvater mußte erst protokollieren, daß der Gefangene Nr. Soundso am Soundsoleten einen Antrag gestellt hatte, einen Kragenknopf aus seinem beim Hausvater deponierten Koffer zu entnehmen, daß ferner durch „Verjüngung“ des Gefängnisdirektors dieser Antrag bewilligt worden sei, und daß daraufhin am Soundsoleten der Gefangene Nr. Soundsolet von Hausvater den richtig im Koffer vorgefundenen und ihm entnommenen Knopf erhalten habe. Dieses schöne Protokoll unterschrieben der Hausvater, der Unterinspektor, der Schlüsselbundgefängene als Zeuge und H. P. Hanssen. Erst dann durfte H. P. Hanssen den Knopf „übernehmen“.

Mindestens ebenso schön erging es Hanssen mit seinem Schreibpapier. Da er die Erlaubnis hatte, während seines Gefängnisaufenthalts schriftlich zu arbeiten, hatte er eine genau abgegebene Menge Schreibpapier erhalten. Er verbrauchte davon einen Teil als Notizpapier und einen Teil für die Reinschrift der Abhandlung, die er verfaßte. Einige Tage vor seiner Entlassung erklärten der Gefängnisdirektor in höchster Person, um das Papier zu kontrollieren. Dabei teilte er feierlich mit, daß Hanssen Soundsolet Bozen erhalten habe und die gleiche Anzahl noch vorhanden sein müsse. Zufällig stimmte es Hanssen machte darauf aufmerksam, daß die Bogen mit den Notizen weggenommen werden könnten. Das war wiederum nicht so einfach. Wie der Gefängnisdirektor mittelste, mußte die Vernichtung des Papiers in Gegenwart Hanssens und eines Zeugen stattfinden. Am nächsten Tage erklärten der Unterinspektor mit dem Gefangenen, der das Schlüsselbund trug, zur Vernichtung des ominösen Notizpapiers. Nachdem die Bogen nochmals duragezählt worden waren, erklärte der Unterinspektor, daß man nun mit den zur Vernichtung

bestimmten Bogen zu drück in die Küche gehen würde, um sie dort in Gegenwart Hanssens und des Gefangenen als Zeugen zu verbrennen. In der Küche aber war gerade kein Feuer im Herd, da die Mittagszeit norüber war. Da kam der Gefangene auf den guten Gedanken, daß man nach der Gefängnisküche gehen könnte. Dort wäre sicher Feuer in der Ofen. Aber auch dort war gerade Boule und wiederum kein Feuer. Der Gefangene mußte nochmals Rat. Er wies darauf hin, daß es auch eine Gefängnisbäder mit Backofen gäbe. Die drei stützten sich darauf — ebenfalls feierlich und kein Feuer in den Ofen! H. P. Hanssen erzählt, daß der Unterinspektor nahe am Verzweifeln war, und daß er schließlich das Ei des Kolumbus fand, indem er darauf aufmerksam machte, daß es so etwas wie Streichhölzer gäbe. Wirklich hatte der Inspektor Streichhölzer in der Tasche. Das Papier wurde in den Ofen gesteckt, ein Streichholz daran gehalten, und den reglementmäßigen Ernst in den Wangen verfolgten die drei, Inspektor, Papiervernichtungsantragsteller und Zeuge, wie die Bogen nachschriftsmäßig zu Asche wurden. Als schließlich wirklich alles Asche war, ging es ins Gefängnisstor, wo ein Protokoll über die Vernichtung des Papiers aufgenommen wurde.

Der wertvollste Vogel der Erde. Als den wertvollsten Vogel der Erde kann man den „Kormoran von Peru“ bezeichnen, da er an der südamerikanischen Küste die wirtschaftlich außerordentlich wichtigen Guanolager besetzt, die bekanntlich ein kostbares Düngemittel darstellen. Dieser Vogel wohnt oft in riesigen Kolonien von mehr als einer Million Tieren; er lebt von Kleinfischen, besonders von Anchovis, und brütet in ungeheuren Scharen auf wüsten Inseln. Hier kommen auf einem Quadratmeter drei Nester! Durch seinen Darm lassen sich die brütenden Vögel verjagen; sie haben auch unter störenden Besuchern kaum zu leiden, da die National-Guanoverwaltung von Peru die Ausbeutung der Guanolager, die bekanntlich nichts anderes als ungeheure Mengen dieser Vögel darstellen, genau geregelt hat. Kein Unbesugter darf die von den Vögeln bewohnten Inseln betreten, auf jeder Insel wacht ein Wächter und wissenschaftliche Beamte untersuchen dauernd alle Lebensbedingungen der Vögel, auch ihren Gesundheitszustand, da Parasiten nicht selten auftreten und bekämpft werden müssen. Da der aufrechtgehende, 1/2 Meter große Vogel jährlich nur zwei Junge großzieht, muß der Gesundheitszustand natürlich scharf überwacht werden, da es sonst leicht zu einer Abnahme der wertvollen Tiere kommen könnte. Wie wichtig die Vögel für Peru sind, beweist die Tatsache, daß vor fünfzehn Jahren etwa 25 000 Tonnen Guanoo jährlich gewonnen wurden, heute aber bereits über 90 000 Tonnen, von denen allein 70 000 Tonnen in Peru selbst verbraucht werden. Ein nicht ungefährlicher Feind der „Kormorane von Peru“ ist eine Geierart, die an den großen Eiern der Guanooferanten Geschmack gefunden hat und gern die Nester plündert.

Was ist die Schwerkraft?

Von Willi Ley.

Eins der interessantesten und lebenswichtigsten Ergebnisse der Forschung ist das, daß sie das Weltbild vereinfacht.

Und je länger geforscht und gedacht wird, desto einfacher und begrifflich klarer wird es. — Es sing damit an, daß Kopernikus die unendlich komplizierten und verwickelten Bewegungen der Gestirne auf eine einfache gleichmäßige Bewegung, die allen Planeten gemeinsam ist, zurückführte. Vorher hatte man bekanntlich geglaubt, die Erde stehe im Mittelpunkt fest, die Planeten (Sonne und Mond wurden dazugezählt) bewegten sich in Kreisbahnen um sie herum. Um dies Bild aber mit den Beobachtungen in Einklang zu bringen, war es nötig, die Erde etwas aus dem Mittelpunkt zu rücken, auf den Planetenkreisen Hitzkreise anzubringen, die Bewegung nicht ganz gleichmäßig erfolgen zu lassen und so fort bis an die absolute Vorherderrungsgrenze für alle Leute, die das jemand anders erklären wollten.

Ein weiterer Schritt zur Vereinfachung des Weltbildes war es, als Darwin dem seinerzeit schon „in der Luft liegenden“ Gedanken Form gab, daß das Linneische Dogma, daß die Tier- und Pflanzenarten absolut unveränderlich sein sollten, nicht zutrifft. Seitdem haben wir ja nun auch immer besser und immer sicherer gelernt, daß die ungeheure Mannigfaltigkeit der gesamten organischen Welt letzten Endes auf das Problem „Leben“ zusammenschmilzt, ohne daß es für die Lebenstatlache an sich nötig wäre, auch noch die verschiedenen Erscheinungsformen zu erklären.

Eine weitere und ganz kolossale Vereinfachung kam durch die Atomtheorie der Chemie (vorgeseht und zuerst gelehrt von dem altgriechischen Philosophen Demokritos), der sich ziemlich spät auch die Physik annehmen und die zum Schluß zu dem Ergebnis führte, daß das Atom, das ja doch — es kommt vom griechischen unteilbar — das Unteilbare sein sollte, noch weiter aufgelöst wurde in die Elektronen, die zugleich auch die Bausteine der Energie sind, so daß man also hier dazu kommen konnte, die Materie nur als eine besondere Form der Energie anzupprechen.

Ebenfalls eine Vereinfachung des Weltbildes war es, als es gelang, die verschiedenen Begriffe der Wärme des Lichts usw. alle als Strahlungen zu identifizieren, so daß man jetzt von einem geschlossenen Strahlen- oder Wellenband sprechen kann, das mit den elektrischen Wellen als den längsten beginnt und über die sogenannten „Röntgenstrahlen“, die Wärmestrahlen, das farbige Spektrum vom rot zum violett, die chemisch wirksamen Strahlen (ultraviolett) bis zu den Röntgenstrahlen führt.

Eigenartigerweise hatte man gerade bei den Strahlungen den Zusammenhang aber schon geahnt, weil man sie — soweit sie damals schon bekannt waren — alle zusammen in einen großen „Fluidum“ genannten Topf gesteckt hatte. Jedoch konnte man sich unter Wort nicht viel mehr als eben ein Wort vorstellen, und als dann die Wellentheorie kam und den Lichtäther erfand, ging der Fluidumtopf in die Brüche. Nur eine einzige Naturkraft lag sich noch nicht recht in das übrige Weltbild, das ja fast alles mit Strahlung zu machen pflegt, ein. Und das ist eigenartigerweise eine Kraft, die abgesehenwärtig ist, die man auch in ihrer Größe und in ihren Wirkungen genau berechnen gelernt hat: die Schwerkraft. Zuerst hatte man sie auch in die Rubrik „Fluidum“ einreihert, eine Weile galt sie als eine Art Magnetismus (so wird sie in dem höchsten nachgelassenen Buch des großen Kepler, „Somnium“, unter dem Namen „Rondtraum“ weiter bekannt, aufgefaßt), dann mußte man eine Weile gar nicht, was man daraus machen sollte. Der Wiener Professor Sahlha meinte, sie sei der Druck des hypothetischen Äthers, er sagte sich, daß der Druck dieses Äthers,

hjm. seiner kleinsten Teilchen von oben, aus dem Weltraum her, frei wirken könne, von unten her wohl einen Gegenruck ausübe, daß aber die Ätherpartikelchen durch den Durchgang durch den Erdball so geschwächt seien, daß ihr Gegenruck geringer sein müsse, als der direkte von oben. Auch mit dieser Annahme ist eine Schwerkraftwirkung zu erklären.

Die neueste Schwerkraftstheorie geht nun wieder auf die Metaphysik, eine ganze Anzahl verschiedener Tatsachen mit einem Griff zu packen.

Man kam eigentlich darauf, als man es erfahren wollte, daß die Sonne trotz der riesigen Wärmemengen, die sie jede Stunde in das All strahlt, nicht kälter wird. Wir können die Erdgeschichte bis in die geologische Periode des sogenannten Algoniums zurückverfolgen, das ist in Jahren nach den ziemlich gut zusammenstimmen Rechnungen verschiedener Methoden (die Methode aus dem radioaktiven Atomzerfall ist die beste) etwa eine Milliarde! Während dieser ganzen Zeit hat die Sonne ihre Temperatur, wie wir jetzt erkannt haben, kaum geändert, denn die vorübergehenden Einwirkungen sind anders zu erklären. Nach einer reinen Wärmerechnung müßte die Sonne aber in jedem Jahre um zwei Grad kälter werden, wenn sie nicht ihre Energieverluste aus der Strahlung irgendwie ersetzt. Man hat diesen Erfolg in einer fortschreitenden Zusammenhangziehung gesucht, andererseits an die Nigewirkung auftretender Meteoriten gedacht, ohne jemals mit seiner Rechnung mit den Tatsachen auch nur einigermaßen übereinstimmen.

Verschiedene Gelehrte haben dann aber, nachstammen unabhängig voneinander, untersucht, wie die Sache liegt, wenn man den Weltäther eine Energie zuschreibt. Und es sieht ganz so aus, als wenn man damit des Pudels Kern getroffen hätte. Die Energie des Weltäthers ist sogar unvorstellbar groß. Reinst berechnet als Mindestmaß eine Billion Billionen Gramm pro Kubikzentimeter. Wieweit und Lodge sind sogar davon überzeugt, daß jeder Kubikmillimeter des „leeren“ Raumes die Energie besitzt, eine Kraftanlage von einer Million Vierdehntausend Millionen Jahre hindurch zu speisen! Es ist bis jetzt noch nie gelungen, diese sogenannte „Nullpunktsenergie“ auszunutzen, man müßte auch gar nicht, wie es geschehen könnte, und es ist nur zu hoffen, daß es auch nie gelingen möge!

Aus diesen unererschöpflichen Reservoir ergänzt also unsere Sonne ihre Kraft und alle anderen Hitzsterne des Weltalls tun es ebenfalls. Dabei es logisch ist, daß die größeren mehr Energie aus dem Äther absorbieren müssen, als die kleineren, — folglich auch heißer sind, wie es ja die Beobachtung bestätigt. Der früher gern zitierte Schrecken des Sonnenabsterbens ist also nur ein Schreckensschuß, denn die Sonne kann nicht sterben, da sie sich ja im „Strahlungsgleichgewicht“ befindet, d. h. ebensoviele Energie aufnimmt wie ausstrahlt.

Schon der Genier Mathematiker Beloge (1724—1803) hat theoretisch gezeigt, daß man die Schwerkraft aus einer sehr durchdringenden Strahlung ableiten könnte, wenn es gelänge, solche Strahlungen zu entdecken. Da die Forscher übereinstimmend annehmen, daß ihre Nullpunktsenergie in Strahlenform im Weltäther vorhanden ist, ist alles weitere leicht denkbar.

Da nun Reuzt auch gleich noch eine Weltbildungs-hypothese auf der Nullpunktsstrahlung aufbauen konnte, — Materie und Energie sind ja dasselbe —, so erhielt wieder einmal eine ungeheure Vereinfachung alles Naturgeschehens, in dem eins an das andere geknüpft ist, ohne jemals diesen Zusammenhängen entschließen zu können.

